

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 3425

[C — 2008/33076]

19. MAI 2008 — Dekret über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmassnahmen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Abschnitt 1 — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. **Jugendlicher:** jede Person unter 18 Jahren und jede Person unter 21 Jahren, der eine Leistung der Jugendhilfe beziehungsweise der eine Maßnahme im Rahmen des Jugendschutzes vor Erreichen des 18. Lebensjahres gewährt beziehungsweise auferlegt wurde;
2. **Familie:** die Personen, die in einem verwandtschaftlichen Verhältnis mit dem Jugendlichen stehen sowie deren Vormund und Gegenvormund;
3. **Familiäres Umfeld:** die Personen, die den Jugendlichen umgeben, ohne dass notwendigerweise ein verwandtschaftliches Verhältnis zum Jugendlichen bestehen muss;
4. **Erziehungsberechtigter:** die Person, die aufgrund des Gesetzes oder eines richterlichen Beschlusses die elterliche Autorität über den Jugendlichen ausübt;
5. **Jugendhilfe:** die spezialisierte Erziehungshilfe, die im Rahmen des vorliegenden Dekretes dem Jugendlichen und/oder seinem familiären Umfeld im Hinblick auf die in Absatz 2 definierte Zielsetzung gewährt wird;
6. **Freiwillige Jugendhilfe:** die individuelle Hilfsmaßnahme, die der Jugendhilfedienst im Einvernehmen mit den Betroffenen erarbeitet;
7. **Gerichtliche Jugendhilfe:** die Maßnahme, die durch das Jugendgericht oder durch den Jugendrichter im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes angeordnet wird;
8. **Jugendschutz:** die Maßnahmen, die gegenüber Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten in Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, über die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und über die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens, getroffen werden;
9. **Ministerium:** das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
10. **Fachabteilung:** die im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Jugendhilfe zuständige Fachabteilung.

Die in Absatz 1 unter Nr. 5 angeführte Jugendhilfe zielt darauf ab, die Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliche Umgebung für die Entwicklung all ihrer Mitglieder zu unterstützen. Sie bietet dem Jugendlichen und dessen familiärem Umfeld Schutz und Beistand bei der Stärkung seines Verantwortungsbewusstseins und bei seiner sozialen und gegebenenfalls beruflichen Eingliederung. Durch die Jugendhilfe soll dem Jugendlichen ein altersgerechtes und menschenwürdiges Leben ermöglicht und seine Entwicklung bestmöglich gefördert werden.

Abschnitt 2 — Anwendungsbereich

Art. 2 - Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf:

1. jeden Jugendlichen, dessen physische und/oder psychische Integrität, dessen affektive, moralische oder soziale Entwicklung oder dessen Erziehung durch sein eigenes Verhalten, durch das Verhalten seiner Erziehungsberechtigten oder durch das Verhalten von Drittpersonen, durch seine Lebensumstände, durch Beziehungskonflikte oder durch besondere Ereignisse gefährdet ist;
2. jeden Jugendlichen, der eine als Straftat qualifizierte Tat begangen hat, insofern dies im vorliegenden Dekret bestimmt ist;
3. jeden Erziehungsberechtigten, der bei der Erziehung eines Jugendlichen erhebliche Schwierigkeiten hat, deshalb eine dem Wohl des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht mehr gewährleisten kann und eine Leistung der Jugendhilfe für seine Entwicklung sich daher als geeignet und notwendig erweist;
4. alle natürlichen oder juristischen Personen, die in gleich welcher Eigenschaft an der Ausführung der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beteiligt sind.

Die in Absatz 1 Nr. 1 angeführte Gefährdung des Jugendlichen kann durch Vernachlässigung des Jugendlichen und/oder durch das unverschuldete Versagen der Erziehungsberechtigten und/oder durch das Verhalten Dritter entstehen. Erkannt werden kann die Gefährdung des Jugendlichen durch die Feststellung von Grundrechtsverletzungen der Jugendlichen.

Abschnitt 3 — Qualitätshandbuch

Art. 3 - Die Dienste des Ministeriums, die in der Jugendhilfe und im Jugendschutz tätig sind, verfügen über ein Qualitätshandbuch. Dieses Handbuch wird durch den Vorgesetzten des jeweiligen Dienstes unter Einbeziehung der betroffenen Mitarbeiter erstellt.

Das Handbuch umfasst unter Berücksichtigung der Bestimmungen des vorliegenden Dekretes mindestens folgende Angaben:

1. die Vorgehensweise der Dienste: von der Entgegennahme eines Antrags/Auftrags bis zum Abschluss der Akte;
2. Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
3. das Leitbild der Dienste;
4. deontologische Richtlinien.

Das Handbuch wird alle zwei Jahre den Entwicklungen angepasst.

Abschnitt 4 — Rechte und Ansprüche des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten

Art. 4 - § 1 - Jeder Jugendliche und jeder Erziehungsberechtigte hat - ungeachtet seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Staatsangehörigkeit, seiner religiösen, philosophischen und politischen Ansichten - das Recht, die im Rahmen des vorliegenden Dekretes organisierte Hilfe zu beantragen.

Eine Hilfeanfrage im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe darf nur abgelehnt werden, wenn die sachliche und territoriale Zuständigkeit nicht gegeben ist.

§ 2 - Jugendliche dürfen in Anwendung des vorliegenden Dekretes von den zuständigen Behörden nur in begründeten Fällen und im Rahmen einer nachprüfaren Entscheidung gemäß den anzuwendenden Rechtsvorschriften zu ihrem Wohl von den Eltern getrennt werden.

Die Trennung kann nur dadurch begründet werden, dass die Eltern nicht bereit oder nicht in der Lage sind, alleine oder mit ambulanter Hilfestellung die Integrität und Entwicklung des Jugendlichen zu gewährleisten. Ist die langfristige Unterbringung von Jugendlichen bis zu einem Alter von sieben Jahren erforderlich, erfolgt diese möglichst in einer Pflegefamilie.

Abschnitt 5 — Begleitausschuss für die Jugendhilfe

Art. 5 - § 1 - In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Begleitausschuss für die Jugendhilfe, nachfolgend Begleitausschuss genannt, eingesetzt, der gemäß nachfolgender Bestimmungen mit der Jugendhilfeplanung und der Prävention beauftragt wird.

Die Regierung legt die Organisation und die Zusammensetzung des Begleitausschusses fest. Dabei wird gewährleistet, dass zumindest folgende Institutionen, Dienste und Organisationen wie folgt vertreten sind:

1. der Jugendhilfedienst und der Jugendgerichtsdienst mit einem gemeinsamen Vertreter;
2. der Dienst für Kind und Familie mit einem Vertreter;
3. die Öffentlichen Sozialhilfezentren mit einem gemeinsamen Vertreter;
4. das Sozial-Psychologische Zentrum mit einem Vertreter;
5. die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren mit einem gemeinsamen Vertreter;
6. das Zentrum für sozial-pädagogische Kinder- und Jugendbetreuung "Mosaik" mit einem Vertreter;
7. die Organisation "Oikos" mit einem Vertreter;
8. der Pflegefamiliendienst mit einem Vertreter.

Die Regierung bezeichnet die Mitglieder auf Vorschlag der berücksichtigten Institutionen, Dienste und Organisationen. Für jedes Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet. Die Mitglieder werden für die Dauer von vier Jahren bezeichnet. Das Mandat ist erneuerbar.

Der Begleitausschuss wird von einer durch die Regierung bezeichneten Fachkraft geleitet.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Gewährung von Fahrtentschädigungen und Anwesenheitsgeldern an seine Mitglieder fest.

§ 2 - Der Begleitausschuss hat folgende Aufgaben:

1. die Organisation eines Jugendhilfeforums zur Jugendhilfeplanung und zur Prävention, das alle zwei Jahre bis spätestens 30. Mai stattfindet und an dem die betroffenen Akteure des Jugendhilfebereichs und anderer betroffener Bereiche teilnehmen;
2. die kontinuierliche Ermittlung des Bedarfs an Hilfeleistungen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten sowie die Analyse der Voraussetzungen zur Deckung des Bedarfs, wobei darauf geachtet werden muss, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf abgedeckt werden kann;
3. die Förderung von Initiativen, die dem ermittelten Bedarf entsprechen;
4. die Prüfung der Opportunität geplanter Initiativen in Bezug auf ihre Wirksamkeit;
5. die Prüfung der Umsetzbarkeit von Präventionsmaßnahmen, deren Vereinbarkeit mit den in Artikel 7 festgelegten Schwerpunkten sowie deren regelmäßige Auswertung.

Die Regierung kann den Begleitausschuss mit anderen als den in Absatz 1 erwähnten Aufgaben betrauen.

Abschnitt 6 — Prävention

Art. 6 - Die Präventionsarbeit in der Jugendhilfe muss in Vernetzung mit anderen Bereichen, wie dem Unterrichtswesen, der Gesundheitsförderung und der Jugendarbeit, die das Lebensumfeld des Jugendlichen beeinflussen können, erfolgen.

Bei der Überprüfung und Auswertung von Präventionsmaßnahmen achtet der Begleitausschuss gemäß Artikel 5 §2 Absatz 1 Nr. 5 auf folgende Qualitätsmerkmale:

1. eine Beschreibung der Ausgangslage;
2. eine klare Zieldefinition;
3. die Stimmigkeit von Ziel und Methode;
4. die nachhaltige Wirkung der Maßnahme;
5. eine Dokumentation;
6. ein Konzept zur Auswertung.

Die in der Jugendhilfe tätigen Organisationen und Dienste sowie die in den in Absatz 1 angeführten Bereichen tätigen Akteure müssen bei der Planung und der Verwirklichung von neuen Präventionsmaßnahmen einbezogen werden. Ehemalige, von der Jugendhilfe Betroffene sind ebenfalls in die Planung und die Verwirklichung einzubeziehen, insofern sie dazu bereit sind.

Die Regierung legt die Bedingungen zur Finanzierung von Präventionsmaßnahmen fest, die auf Vorschlag des Begleitausschusses in Anwendung von Artikel 5 durchgeführt werden.

Abschnitt 7 — Schwerpunkte in der Jugendhilfe

Art. 7 - Unter Berücksichtigung der Resultate des in Artikel 5 § 2 Absatz 1 Nr. 1 erwähnten Jugendhilfeforums legt die Regierung auf Vorschlag des in Artikel 5 § 1 erwähnten Begleitausschusses die Schwerpunkte in der Jugendhilfe alle zwei Jahre fest.

KAPITEL II — *Freiwillige Jugendhilfe**Abschnitt 1 — Jugendhilfedienst*

Art. 8 - § 1 - Im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe wird in der Fachabteilung ein Jugendhilfedienst eingesetzt.

Die Regierung kann natürliche oder juristische Personen mit einzelnen Aufgaben des Jugendhilfedienstes beauftragen. Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels über die Qualifikation und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals sowie über die Vorgehensweise finden Anwendung auf diese Personen.

§ 2 - Die Regierung legt unter den in vorliegendem Dekret festgelegten Vorgaben die Qualifikationen und anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals des Jugendhilfedienstes sowie dessen Organisation, Aufgaben und Vorgehensweise fest.

§ 3 - Der Jugendhilfedienst kann durch betroffene Jugendliche, Erziehungsberechtigte, Organisationen, Behörden und jeden interessierten Dritten kontaktiert werden. Der Antragsteller informiert über die Problematik, über die bereits unternommenen Schritte und benennt die Art der Gefährdung.

Art. 9 - Betreut der Jugendhilfedienst in Anwendung des vorliegenden Dekretes neben anderen Diensten und Organisationen eine Familie, übernimmt er eine Koordinationsrolle. In Konzertierung mit den anderen beteiligten Diensten und Organisationen legt er im Rahmen der gemeinsam ausgearbeiteten Zielsetzung und nach entsprechender Analyse die Aufgaben aller Beteiligten fest, sammelt die Informationen zu den ergriffenen Maßnahmen und überwacht die Umsetzung der festgelegten Aufgaben.

Art. 10 - Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe ist der Jugendhilfedienst zuständig für die in Anwendung von Artikel 2 gestellten Anfragen, insofern der Wohnsitz des gefährdeten Jugendlichen sich im deutschen Sprachgebiet befindet. Verfügt der Jugendliche über keinen Wohnsitz, ist der Jugendhilfedienst zuständig, insofern der Ort, an dem der Jugendliche erzogen und versorgt wird, sich im deutschen Sprachgebiet befindet. Kann keiner dieser beiden Lokalisierungskriterien angewandt werden, ist der Ort, an dem sich der Jugendliche aufhält, für die Bestimmung der territorialen Zuständigkeit des Jugendhilfedienstes ausschlaggebend.

Verfügt der Jugendhilfedienst aufgrund eines Wohnsitzwechsels des Jugendlichen nicht mehr über die territoriale Zuständigkeit, übermittelt er der durch den Wohnsitzwechsel zuständig gewordenen Behörde die erforderlichen Informationen. Im Einvernehmen mit dieser Behörde kann der Jugendhilfedienst während einer Übergangszeit von höchstens 6 Monaten die Begleitung und Betreuung des Jugendlichen weiterhin gewährleisten.

Art. 11 - Zur Durchführung des in Artikel 13 erwähnten Jugendhilfevertrages erhält die beauftragte Organisation vom Jugendhilfedienst alle zweckdienlichen Informationen über den Jugendlichen und sein familiäres Umfeld.

Abschnitt 2 — Mitwirkung des Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten

Art. 12 - Unter Einhaltung des in Artikel 13 festgelegten Verfahrens kann über die freiwillige Jugendhilfe nur nach vorheriger Anhörung der betroffenen Personen und im Einverständnis mit diesen entschieden werden.

Jeder Jugendliche, der angehört wird, kann sich durch eine Person seiner Wahl begleiten lassen. Auf Anfrage des Jugendlichen oder aufgrund einer Entscheidung des Jugendhilfedienstes im Interesse des Jugendlichen findet die Anhörung des Jugendlichen ohne den Erziehungsberechtigten statt.

Jede Entscheidung über eine freiwillige Jugendhilfe muss dem Jugendlichen, der das 12. Lebensjahr vollendet hat und direkt davon betroffen ist, sowie dem Erziehungsberechtigten schriftlich mitgeteilt werden.

Art. 13 - § 1 - Als Grundlage für die Ausgestaltung der freiwilligen Jugendhilfe führt der Jugendhilfedienst zusammen mit den Erziehungsberechtigten, dem Jugendlichen, der die erforderliche Reife besitzt, und den in § 4 erwähnten Organisationen ein Hilfeplangespräch. Bei diesem Gespräch werden der Bedarf, die notwendigen Leistungen, die Dauer der Hilfe und die Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Kosten besprochen.

§ 2 - Das einvernehmliche Ergebnis des Hilfeplangesprächs wird in einem Jugendhilfevertrag festgehalten. Im Jugendhilfevertrag wird darüber hinaus auf die in Artikel 30 beschriebenen Regelungen über den Datenschutz und das Berufsgeheimnis sowie auf die in Artikel 34 festgelegte Beschwerdemöglichkeit hingewiesen.

§ 3 - Dieser Vertrag wird unterzeichnet vom Jugendhilfedienst, den Diensten, Organisationen und Personen, die mit der Durchführung des Hilfeprogramms beauftragt werden, sowie den Erziehungsberechtigten und dem Jugendlichen, der die erforderliche Reife besitzt.

Bei mehreren Erziehungsberechtigten ist die Unterzeichnung des Vertrags durch nur einen Erziehungsberechtigten ausreichend, unter der Voraussetzung dass

1. die Unterzeichnung durch den anderen Erziehungsberechtigten aufgrund seines beeinträchtigten Gesundheitszustandes oder seines unbekanntes Wohnortes nicht möglich ist,
2. der andere Erziehungsberechtigte ein offensichtliches Desinteresse an dem Jugendlichen zeigt oder
3. eine akute Gefährdung des Jugendlichen vorliegt und der andere Erziehungsberechtigte sein Einverständnis nachträglich gibt.

Der Jugendhilfedienst entscheidet aufgrund der Vorgaben des Qualitätshandbuchs darüber, ob die Bedingungen zur Unterschrift durch nur einen Erziehungsberechtigten erfüllt sind. In diesem Fall muss er dies schriftlich begründen und das entsprechende Schriftstück der Jugendhilfeakte beifügen.

Gegebenenfalls kann der Vertrag zusätzlich von dem im Haushalt anwesenden Lebenspartner eines Elternteils unterzeichnet werden, insofern er von der Hilfeplanung betroffen ist.

§ 4 - Unbeschadet von Artikel 29 stützt sich der Jugendhilfedienst für die Umsetzung des Hilfeprogramms auf Organisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese erhalten vom Jugendhilfedienst alle zweckdienlichen Informationen über den Jugendlichen und sein familiäres Umfeld.

Art. 14 - Der Jugendhilfedienst überprüft regelmäßig mit den Betroffenen, ob das Hilfeprogramm weiterhin geeignet und notwendig ist.

KAPITEL III — *Gerichtliche Jugendhilfe*

Abschnitt 1 — Jugendgerichtsdienst

Art. 15 - § 1 - Im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe wird ein Jugendgerichtsdienst eingesetzt.

Die Regierung legt unter den in vorliegendem Dekret festgelegten Vorgaben die Qualifikationen und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals des Jugendgerichtsdienstes sowie dessen Organisation, Aufgaben und Vorgehensweise fest.

§ 2 - Im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beauftragt der Jugendrichter, das Jugendgericht oder der Prokurator des Königs den Jugendgerichtsdienst mit der Erstellung von Sozialberichten und Gutachten. Der Jugendgerichtsdienst organisiert die Umsetzung der vom Jugendgericht oder vom Jugendrichter angeordneten Maßnahmen und kann dazu einen Vertrag mit der natürlichen oder juristischen Person abschließen, die mit der Durchführung der Maßnahme beauftragt ist.

§ 3 - Die Regierung kann natürliche oder juristische Personen mit einzelnen Aufgaben des Jugendgerichtsdienstes beauftragen. Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels über die Qualifikation und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals sowie über die Vorgehensweise finden Anwendung auf diese Personen.

§ 4 - Unbeschadet der auf Ersuchen einer anderen Behörde geleisteten Amtshilfe entspricht die territoriale Zuständigkeit des Jugendgerichtsdienstes der territorialen Zuständigkeit des Jugendgerichts.

§ 5 - Betreut der Jugendgerichtsdienst in Anwendung des vorliegenden Dekretes neben anderen Diensten und Organisationen eine Familie, übernimmt er die Koordinationsrolle. In Konzertierung mit den anderen beteiligten Diensten und Organisationen legt er im Rahmen der gemeinsam ausgearbeiteten Zielsetzung und nach entsprechender fachlicher Analyse die Aufgaben aller Beteiligten fest, sammelt die Informationen zu den ergriffenen Maßnahmen und überwacht die Ausführung der festgelegten Aufgaben.

Abschnitt 2 — Intervention der Gerichtsbarkeit

Art. 16 - § 1 - Bei Unstimmigkeiten zwischen den Betroffenen und dem Jugendhilfedienst, die eine Zusammenarbeit nicht ermöglichen oder die eine einseitige Ablehnung der Erziehungsmaßnahme zur Folge haben können, oder bei der Ablehnung eines Hilfeantrags übernimmt ein durch die Regierung bezeichneter anerkannter Vermittler auf Anfrage der Erziehungsberechtigten, des Jugendlichen oder des Jugendhilfedienstes eine Vermittlerrolle. Scheitert diese Vermittlung, übermittelt der Jugendhilfedienst dem Prokurator des Königs die Jugendakte, insofern der Jugendhilfedienst weiterhin von einer Gefährdung des Jugendlichen ausgeht.

Teilt der Prokurator des Königs die Meinung des Jugendhilfedienstes in Bezug auf die bestehende Gefährdung des Jugendlichen, befasst er den Jugendrichter beziehungsweise das Jugendgericht mit der Jugendakte. Der Jugendrichter oder das Jugendgericht kann in diesem Fall gegen den Willen der Betroffenen eine Maßnahme zum Wohle des Jugendlichen anordnen.

Teilt der Prokurator des Königs nicht die Meinung des Jugendhilfedienstes in Bezug auf die bestehende Gefährdung des Jugendlichen, wird die Jugendakte geschlossen.

§ 2 - Der Jugendhilfedienst kann den Jugendrichter beziehungsweise das Jugendgericht direkt im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe mit einer Jugendakte befassen, wenn im Interesse des Jugendlichen die Auferlegung einer oder mehrerer Maßnahmen im Rahmen des in Artikel 13 erwähnten Hilfeplangesprächs auch ohne das Einverständnis der Betroffenen geboten scheint.

Mit Ausnahme des in Artikel 17 § 1 Nr. 2 vorgesehenen Erziehungstrainings, für das eine spezifische Dauer festgelegt werden kann, dürfen die in Absatz 1 auferlegten Maßnahmen die Dauer von einem Jahr nicht übersteigen.

Der Jugendhilfedienst bleibt in diesem Fall mit der Jugendakte befasst.

§ 3 - Liegt eine dringliche Gefährdung der Interessen eines Jugendlichen vor, kann der Jugendrichter in Abweichung von § 1 direkt auf Antrag des Prokurators des Königs vorläufig und für eine Dauer von höchstens 30 Tagen eine in Artikel 17 erwähnte Maßnahme auferlegen. Nach Ablauf dieser Frist wird die Jugendakte im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe fortgeführt.

Darüber hinaus kann das Jugendgericht oder der Jugendrichter in Abweichung von § 1 direkt vom Prokurator des Königs mit einer Jugendakte befasst werden, insofern:

1. der Verdacht auf eine Straftat eines Volljährigen an einem Jugendlichen besteht und eine Maßnahme zum Schutz dieses Jugendlichen erforderlich erscheint,
2. das Jugendgericht aufgrund des vorliegenden Dekretes bereits mit einer Jugendakte befasst wurde und der Prokurator des Königs eine Jugendhilfemaßnahme für denselben oder einen anderen Jugendlichen derselben Familie für notwendig erachtet oder
3. vor weniger als einem Jahr eine Maßnahme für einen Jugendlichen beendet wurde und erneut eine Maßnahme für denselben Jugendlichen notwendig erscheint.

§ 4 - Bei Gefahr im Verzug kann der Prokurator des Königs eine in Artikel 17 erwähnte Maßnahme selbst anordnen. Diese Maßnahme verliert ihre Wirksamkeit nach 7 Tagen, wenn sie nicht innerhalb dieser Frist durch den Jugendrichter oder das Jugendgericht bestätigt worden ist.

Art. 17 - § 1 - Der Jugendrichter oder das Jugendgericht können im Rahmen der Jugendhilfe eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen unter Berücksichtigung des vorhandenen Angebots und der unter Artikel 20 festgelegten Zielsetzungen anordnen:

1. dem Jugendlichen, den Erziehungsberechtigten und/oder den Personen, die den Jugendlichen in ihrer Obhut haben, für höchstens zwei Jahre eine pädagogische oder therapeutische Begleitung auferlegen, wenn dies zum Wohl des Jugendlichen erforderlich ist;
2. den Erziehungsberechtigten die Teilnahme an einem Erziehungstraining auferlegen, wenn dies zum Wohl des Jugendlichen erforderlich ist. Das Erziehungstraining umfasst insbesondere folgende Aspekte:
 - a. Motivation der Erziehungsberechtigten, ihre Erziehung anders wahrzunehmen und sich in dieser Aufgabe weiterzuentwickeln;
 - b. Gespräche, Symbolisierung und Szenenspiele mit der Zielsetzung, den Zusammenhang zwischen Gefühls- und Beziehungswelt des Einzelnen und den Schwierigkeiten bei der Erziehung des Jugendlichen ersichtlich und verständlich zu veranschaulichen;

- c. Hinterfragung des Rollenbilds und des Selbstverständnisses des Teilnehmers im Hinblick auf eine diesbezügliche Reflexion;
 - d. Gestaltung je nach Bedarf in individueller und/oder kollektiver Form.
3. dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten für höchstens zwei Jahre eine Familienbegleitung durch eine Organisation auferlegen;
 4. den Jugendlichen, gegebenenfalls zusammen mit seinen Erziehungsberechtigten, wenn dies zum Wohl des Jugendlichen erforderlich ist, für höchstens zwei Jahre einem Projekt in der Jugendhilfe anvertrauen. Dieses Projekt muss einer der in Artikel 20 beschriebenen Hilfen zugeordnet werden können;
 5. den Jugendlichen unter die Aufsicht des Jugendgerichtsdienstes stellen;
 6. den Jugendlichen für die Dauer von höchstens zwei Jahren einer intensiven Erziehungsbegleitung, einer individuellen Begleitung durch einen Referenzerzieher oder einer intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung unterstellen;
 7. den Jugendlichen, der das 12. Lebensjahr vollendet hat, für eine Dauer von höchstens sechs Monaten in seinem familiären Umfeld belassen unter Berücksichtigung einer oder mehrerer der folgenden Auflagen:
 - a. regelmäßig dem Schulunterricht folgen;
 - b. einer Ausbildung folgen;
 - c. an einer oder mehreren aufwertenden kulturellen, sportlichen oder sozialen Aktivitäten teilnehmen;
 - d. andere Auflagen oder Verbote, die das Jugendgericht festlegt, einhalten.

Der Jugendgerichtsdienst wird mit der Überprüfung und der Kontrolle der Einhaltung der Auflagen beauftragt. Bei Nichteinhaltung einer der durch den Jugendrichter festgelegten Auflagen oder Verbote informiert der Jugendgerichtsdienst unmittelbar den Jugendrichter. Der Jugendrichter kann daraufhin auf Vorschlag des Jugendgerichtsdienstes die festgelegte Maßnahme anpassen;

8. dem Jugendlichen für höchstens sechs Monate ein Erziehungsprogramm auferlegen. Das Erziehungsprogramm hat zum Ziel, Hilfe bei der Erziehung, bei der Stärkung des Verantwortungsbewusstseins sowie bei der sozialen und gegebenenfalls bei der beruflichen Eingliederung des Jugendlichen zu geben;
9. den Jugendlichen, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, unter regelmäßiger Aufsicht selbstständig wohnen lassen;
10. den Jugendlichen der Begleitung durch ein Empfangs- und Orientierungszentrum unterstellen;
11. den Jugendlichen für höchstens drei Monate der Begleitung durch ein Beobachtungszentrum unterstellen oder ihn für den gleichen Zeitraum zur Beobachtung in eine psychiatrische Einrichtung oder psychiatrische Abteilung eines Krankenhauses einweisen;
12. die Pflegschaft in Anwendung von Artikel 20 § 1 Nr. 3 anordnen;
13. den Jugendlichen für höchstens zwei Jahre stationär in einer offenen Einrichtung betreuen lassen oder ihn für höchstens ein Schuljahr einem Internat anvertrauen;
14. den Jugendlichen, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, stationär in einer geschlossenen Einrichtung betreuen lassen;
15. den Jugendlichen für höchstens zwei Jahre nur einem Erziehungsberechtigten anvertrauen.

Die Regierung legt die Rahmenbedingungen zur Ausführung der in vorliegenden Paragraphen erwähnten Maßnahmen fest.

§ 2 - Das Jugendgericht kann die in § 1 festgelegten Maßnahmen jederzeit von Amts wegen, auf Ersuchen des Jugendgerichtsdienstes, des Prokurators des Königs oder durch Vermittlung des Jugendgerichtsdienstes auf Ersuchen der Erziehungsberechtigten, des betroffenen Jugendlichen oder des begleitenden Dienstes aufheben oder durch eine andere in § 1 vorgesehene Maßnahme ersetzen. Es können mehrere Maßnahmen gleichzeitig ergriffen werden.

Die in § 1 erwähnten Maßnahmen enden nach Ablauf der festgelegten Dauer. Falls erforderlich, können sie für dieselbe Dauer verlängert werden.

Art. 18 - Die in Artikel 17 aufgeführten Maßnahmen werden im Auftrag des Jugendrichters oder des Jugendgerichts auf Vorschlag des Jugendgerichtsdienstes durch Dienste des Ministeriums oder durch die in Artikel 22 angeführten Organisationen durchgeführt.

In begründeten Ausnahmefällen kann eine von den zuständigen Behörden anerkannte natürliche oder juristische Person außerhalb des deutschen Sprachgebiets durch das Jugendgericht, den Jugendrichter oder den Jugendhilfedienst mit der Ausführung der Jugendhilfe- und/oder Jugendschutzmaßnahmen beauftragt werden. Voraussetzung dafür ist, dass bei einer Unterbringung in einer anderen Gemeinschaft ein diesbezügliches Zusammenarbeitsabkommen oder bei einer Unterbringung im Ausland das Einverständnis der betroffenen natürlichen oder juristischen Person vorliegt.

Art. 19 - In den in Artikel 16 §§ 1 und 2 sowie § 3 Absatz 2 erwähnten Fällen kann der Jugendrichter die in Artikel 17 angeführten Maßnahmen vor dem Verfahren zur Sache als vorläufige Maßnahmen anordnen. Die Gesamtdauer aller vorläufigen Maßnahmen ist auf zwölf Monate begrenzt.

KAPITEL IV — *Gemeinsame Bestimmungen*

Abschnitt 1 — Ziele der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen

Art. 20 - § 1 - Bei der Gewährung oder Anordnung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen, die einer der nachfolgenden Betreuungsformen zugeordnet werden können, müssen die im vorliegenden Artikel definierten Zielsetzungen berücksichtigt werden:

1. Ambulante Betreuung:

Die ambulante Betreuung muss in Form einer sozial-pädagogischen, psychologischen oder therapeutischen Begleitung eines selbstständig lebenden Jugendlichen oder einer sozial-pädagogischen Begleitung des familiären Umfeldes erfolgen.

Die sozial-pädagogische Begleitung muss den Jugendlichen - möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds - bei der Bewältigung von Alltags- und Entwicklungsproblemen unterstützen und - bei Erhalt des Lebensbezugs zu seinem familiären Umfeld - seine Selbstständigkeit fördern.

Durch Beratung und Unterstützung müssen die Erziehungsbedingungen im familiären Umfeld innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Jugendlichen vertretbaren Zeitraums so weit verbessert werden, dass der Verbleib in seinem familiären Umfeld ermöglicht wird. Ist eine nachhaltige Verbesserung der Erziehungsbedingungen innerhalb dieses Zeitraums nicht erreichbar, wird mit den beteiligten Personen eine andere, dem Wohl des Jugendlichen förderliche und auf Dauer angelegte Lebensperspektive erarbeitet.

2. Intensive sozialpädagogische oder therapeutische Einzelbetreuung:

Die intensive sozialpädagogische oder therapeutische Einzelbetreuung wird Jugendlichen gewährt, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zur eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Diese Hilfe ist in der Regel auf längere Zeit angelegt und kann sowohl stationär als auch ambulant durchgeführt werden.

3. Pflegschaft:

Die Pflegschaft erfolgt im Rahmen einer Bereitschafts-, Pflege- oder Patenfamilie. Diese Betreuungsform bietet Jugendlichen in einem anderen familiären Umfeld eine zeitlich befristete Erziehungshilfe oder eine auf Dauer angelegte Lebensform. Hierbei werden Alter und Entwicklungsstand des Jugendlichen und seine persönlichen Bindungen sowie die Möglichkeiten zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Familie berücksichtigt.

Die Rechte und Pflichten der Pflege-, Paten- oder Bereitschaftsfamilien und des Pflegefamiliendienstes werden in einem Vertrag festgehalten. Die Regierung legt den genauen Rahmen für den Abschluss des Vertrags fest und berücksichtigt dabei folgende Aspekte:

a. In einer Bereitschaftsfamilie wird eine befristete Vollzeitpflege entweder durch Personen des familiären Umfeldes des Jugendlichen oder durch ausgebildete, ausgesuchte externe Pflegeeltern gewährleistet, mit dem Ziel, die Familie gemeinsam mit Fachkräften auf eine Änderung der Erziehungsbedingungen hinzuführen und so die Voraussetzung für eine Rückkehr des Jugendlichen in die Familie zu schaffen.

b. In einer Pflegefamilie wird eine Langzeitpflege durch Personen des familiären Umfeldes des Jugendlichen oder durch ausgebildete, ausgesuchte externe Pflegeeltern gewährleistet, mit dem Ziel, dem Jugendlichen einen gesicherten Lebensraum zu geben.

c. In einer Patenfamilie stellen die Paten für den Jugendlichen verlässliche Bezugspersonen dar, die ihm vorübergehend oder kontinuierlich Unterkunft und Raum geben, mit dem Ziel, das Leben in seiner Familie erhalten zu können oder in einer Übergangszeit die stationäre Betreuung zu erleichtern.

4. Stationäre Betreuung:

Die Erziehungshilfe in einer Einrichtung über Tag und Nacht oder in einer sonstigen betreuten Wohnform fördert Jugendliche in ihrer Entwicklung. Dies erfolgt durch eine Verbindung von Alltagsleben in einem pädagogisch-therapeutischen Rahmen und therapeutischen Angeboten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des Jugendlichen sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in seinem familiären Umfeld hat diese Betreuung zum Ziel:

a. eine mögliche Rückkehr in die Familie zu bewirken oder

b. die Pflegschaft vorzubereiten oder

c. eine auf längere Zeit angelegte Lebensform anzubieten und auf ein selbstständiges Leben vorzubereiten.

Im Rahmen dieser Form der Jugendhilfe werden Jugendliche intensiv in ihrer Ausbildung, in der Entwicklung ihrer Sozialkompetenzen sowie in der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt.

§ 2 - Die im Rahmen des vorliegenden Artikels beauftragten Personen haben unbeschadet der oben erwähnten spezifischen Zielsetzungen der einzelnen Jugendhilfemaßnahmen die Förderung der Erziehung, der Ausbildung und der beruflichen Eingliederung des Jugendlichen als Aufgabe.

Abschnitt 2 — Weiterführung der Hilfegewährung bei Erreichen der Volljährigkeit

Art. 21 - § 1 - Dem Jugendlichen, der vor Vollendung seines 18. Lebensjahres an einer vom Jugendhilfedienst organisierten oder vom Jugendgericht auferlegten erzieherischen Maßnahme teilnimmt, kann eine Verlängerung der Maßnahme bis zu einem Alter von höchstens 21 Jahren zugestanden werden. Die Regierung kann das Höchstalter anheben.

Die Verlängerung dient dazu, volljährigen Jugendlichen in einer Übergangsphase Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und für das Erreichen einer eigenverantwortlichen Lebensführung zu gewähren.

§ 2 - Der Jugendliche richtet hierzu einen schriftlichen Antrag an die Fachabteilung. Diese beantragt ein Gutachten bei der Instanz, die die Maßnahme beschlossen hat, sowie bei der Organisation, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut wurde. In seinem Antrag legt der Jugendliche die Gründe für die Verlängerung und für die gewünschte Dauer dar. Die Regierung entscheidet auf Grundlage des Gutachtens der Fachabteilung über die Genehmigung der Verlängerung.

Der Antrag auf Verlängerung der Maßnahme muss spätestens einen Monat vor Erreichen des 18. Lebensjahres oder einen Monat vor Ablauf einer bereits beschlossenen Verlängerung eingereicht werden.

Eine Verlängerung kann auf einen begründeten Antrag hin erneuert werden, darf jedoch in keinem Fall über das in § 1 festgelegte Höchstalter hinausgehen.

Die Regierung kann die Genehmigung der Verlängerung an Auflagen knüpfen, die durch den Jugendlichen zu beachten sind.

Bei Genehmigung der Verlängerung übernimmt das Ministerium die Kosten für die Maßnahme in gleicher Höhe wie vor der Verlängerung. Bei selbstständig lebenden Jugendlichen werden nur die Kosten der Betreuung, nicht aber die Lebenshaltungskosten übernommen.

Während der Verlängerung bleibt der Jugendhilfedienst beziehungsweise der Jugendgerichtsdienst für die regelmäßige Auswertung der Maßnahme zuständig.

§ 3 - Der Jugendliche über 18 Jahre kann die Verlängerung jederzeit vor Ablauf der Frist durch Mitteilung an die Fachabteilung des Ministeriums beenden. Die Regierung kann die Genehmigung zurückziehen, wenn der Jugendliche die daran geknüpften Auflagen nicht einhält.

§ 4 - Der Jugendliche kann während der Verlängerung eine Anpassung der Maßnahme beantragen. Dazu unterbreitet er der Fachabteilung einen entsprechenden schriftlich begründeten Antrag. Über diesen Antrag entscheidet die Regierung gemäß dem in § 2 festgelegten Verfahren.

Abschnitt 3 — Anerkennung und Bezuschussung

Art. 22 - § 1 - Jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes regelmäßig Jugendliche aufnimmt oder begleitet, muss zu diesem Zweck von der Regierung anerkannt sein. Die Dienste des Ministeriums, die im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes eingesetzt werden, gelten in Anwendung des vorliegenden Artikels als anerkannt.

Um anerkannt zu werden, muss der Antragsteller auf dem Gebiet der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig sein, gemeinnützige Ziele verfolgen und aufgrund von fachlichen und personellen Voraussetzungen nachweisen können, dass er imstande ist, einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Bedarfs der Jugendhilfe leisten zu können.

Dazu legt die Regierung die Anerkennungsbedingungen fest. Diese beziehen sich unter anderem auf:

1. Art, Ziel und Qualität des Leistungsangebots;
2. den in der Organisation, dem Dienst oder durch die natürliche Person zu betreuenden Personenkreis;
3. die Anzahl und Qualifikation der Personalmitglieder;
4. die betriebsnotwendigen Anlagen und Voraussetzungen der Organisation;
5. die Versorgung, den Unterricht, die Berufsausbildung und das Erziehungssystem der Jugendlichen;
6. die Finanzierung des Leistungsangebotes;
7. die anerkannte wissenschaftliche Grundlage der angewandten Arbeitsmethoden;
8. den Leumund des Personals der juristischen Person und der beauftragten natürlichen Person sowie die Straffälligkeit der juristischen Person.

Die in Absatz 3 Nrn. 3, 4 und 6 angeführten Bedingungen gelten nicht für natürliche Personen.

Die Regierung kann die Anzahl anerkannter Träger auf eine von ihr festgelegte Höchstzahl begrenzen. Bei der Auswahl dieser Träger berücksichtigt die Regierung insbesondere das Datum des Antrags, die Erfahrung und Sachkenntnis im Jugendhilfebereich sowie für die Jugendhilfe erforderlichen Sprachkenntnisse.

§ 2 - Die Regierung kann mit einer Organisation einen Geschäftsführungsvertrag abschließen, in dem die Aufgaben der Organisation unter Berücksichtigung des vorliegenden Dekretes festgelegt werden. Bei Abschluss eines Geschäftsführungsvertrages gilt die Organisation für die Dauer des Vertrages, die sechs Jahre nicht überschreiten darf, von Rechtswegen als anerkannt.

§ 3 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und kann jeweils für höchstens sechs Jahre verlängert werden.

Die Regierung legt das Verfahren zur Anerkennung, zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung fest.

Art. 23 - Wenn eine oder mehrere der Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt sind, wird der betroffenen natürlichen oder juristischen Person eine Frist von höchstens sechs Monaten gewährt, um den Auflagen nachzukommen.

Wenn die Bedingungen nach Ablauf dieser Frist nicht erfüllt sind, kann die Regierung unter den von ihr festgelegten Bedingungen und nach Anhörung der Person die Anerkennung aussetzen oder entziehen.

Der Entzug der Anerkennung hat die Beendigung der Tätigkeit zur Folge.

Art. 24 - Wenn eine anerkannte Organisation in eine andere Trägerschaft übergeht, muss die Anerkennung gemäß den von der Regierung festgelegten Bedingungen bestätigt werden. Die Anerkennung bleibt erhalten, bis sie bestätigt oder entzogen wird.

Art. 25 - § 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel legt die Regierung die Bedingungen und die Höhe der Bezuschussung der gemäß Artikel 22 anerkannten Personen oder die Bedingungen und die Höhe der Beteiligung an den Kosten für die erbrachten Dienstleistungen fest.

Schließt die Regierung gemäß Artikel 22 § 2 einen Geschäftsführungsvertrag ab, regelt sie darin die in Absatz 1 angeführte finanzielle Unterstützung.

§ 2 - Der Träger muss gewährleisten, dass die Leistungsangebote geeignet, ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind. Die Bezuschussung muss leistungsgerecht sein.

Wenn die Anerkennungsbedingungen innerhalb der in Artikel 23 Absatz 1 angeführten Frist nicht erfüllt sind, kann die Regierung unter den von ihr festgelegten Bedingungen und nach Anhörung der Person die Bezuschussung oder die finanzielle Beteiligung aussetzen oder reduzieren.

Abschnitt 4 — Pflegefamiliendienst

Art. 26 - § 1 - Zur Begleitung und Betreuung von Pflegefamilien wird in der Fachabteilung ein Pflegefamiliendienst eingesetzt.

Die Regierung kann natürliche oder juristische Personen mit einzelnen Aufgaben des Pflegefamiliendienstes beauftragen. Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels über die Qualifikation und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals sowie über die Vorgehensweise finden Anwendung auf diese Personen.

§ 2 - Der Pflegefamiliendienst hat im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen folgende Aufgaben:

1. Anwerbung von Kandidaten und Organisation von Schulungen für Kandidaten als Bereitschafts-, Pflege- oder Patenfamilie;

2. Vermittlung von Jugendlichen in die unter Nr. 1 erwähnten Familien im Auftrag des Jugendhilfedienstes, des Jugendgerichts beziehungsweise des Jugendgerichtsdienstes sowie der zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption;

3. Vermittlung zwischen den unter Nr. 1 erwähnten Familien und der in Artikel 1 Nr. 2 erwähnten Familie;

4. Begleitung, Beratung und Unterstützung der unter Nr. 1 erwähnten Familien während der Dauer der Unterbringung in allen Fragen des Pflegeverhältnisses;

5. Regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des Jugendlichen an den Dienst oder an die Behörde, die die Unterbringung des Jugendlichen vereinbart oder veranlasst hat.

§ 3 - Die Regierung legt unter den in vorliegendem Dekret festgelegten Vorgaben die Qualifikationen und anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals des Dienstes sowie dessen Organisation, Aufgaben und Vorgehensweise fest.

Abschnitt 5 — Vermittlungsdienst

Art. 27 - In der Fachabteilung wird ein Vermittlungsdienst eingesetzt, der im Rahmen des in Artikel 1 Nr. 8 erwähnten Gesetzes die Vermittlung im Auftrag des Prokurators des Königs, des Jugendgerichts oder des Jugendrichters sowie die wiedergutmachungsorientierte Gruppenkonzertierung im Auftrag des Jugendgerichts oder des Jugendrichters durchführt.

Die Regierung legt unter den in vorliegendem Dekret festgelegten Vorgaben die Qualifikationen und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals sowie dessen Organisation, Aufgaben und Vorgehensweise fest.

Abschnitt 6 — Elternpraktikum

Art. 28 - Die Regierung organisiert ein Elternpraktikum oder beauftragt einen Dienst oder eine natürliche oder juristische Person mit der Organisation und Durchführung dieses Praktikums im Rahmen des in Artikel 1 Nr. 8 erwähnten Gesetzes.

Abschnitt 7 — Kooperationen

Art. 29 - Die Regierung kann Trägern von Angeboten im Bereich der Jugendhilfe, die ihren Sitz außerhalb des deutschen Sprachgebiets haben, die Erlaubnis erteilen, bestimmte Angebote in der Jugendhilfe im deutschen Sprachgebiet umzusetzen.

Diese Träger müssen die gemäß Artikel 22 festgelegten Anerkennungsbedingungen erfüllen. Zudem müssen sie den Nachweis erbringen, dass sie für die Tätigkeit, die sie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausüben möchten, in ihrem Herkunftsort zugelassen worden sind. Für das Anerkennungsverfahren findet ebenfalls Artikel 22 Anwendung.

Abschnitt 8 — Berufsgeheimnis und Datenschutz

Art. 30 - § 1 - Unbeschadet der Anwendung von §2 ist jede Person, die in Ausführung des vorliegenden Dekretes eine Jugendakte bearbeitet, dazu verpflichtet, mit den Personen zusammenzuarbeiten, die in Bezug auf dieselbe Jugendakte zum Wohl und/oder zum Schutz des Jugendlichen tätig sind. Die letztgenannten Personen sind insbesondere über die bereits unternommenen Maßnahmen zu unterrichten.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

§ 2 - Jede Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt ist, darf die Angaben persönlicher, medizinischer, familiärer, schulischer, beruflicher, sozialer, wirtschaftlicher, ethischer, religiöser oder philosophischer Art, die ihr in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden und die sich darauf beziehen, nur unter einer der folgenden Voraussetzungen weitergeben:

1. der Empfänger unterliegt ebenfalls dem Berufsgeheimnis und die Übermittlung ist erforderlich, um das Ziel der Hilfe zu erreichen oder um das Gefährdungsrisiko für den Jugendlichen einzuschätzen. Der Jugendliche oder bei Minderjährigkeit die Erziehungsberechtigten müssen unverzüglich von dieser Übermittlung in Kenntnis gesetzt werden, es sei denn, dies steht dem Wohl und dem Schutz des Jugendlichen entgegen;

2. die Bedingungen von Artikel 29 und 30 des Strafprozessgesetzes und Artikel 458bis des Strafgesetzbuches sind erfüllt, wodurch der Besitzer von vertraulichen Informationen gesetzlich verpflichtet ist diese weiterzuleiten;

3. wenn der Besitzer von vertraulichen Informationen sich über das Berufsgeheimnis hinwegsetzen muss, um einen höheren und bedeutenderen Schaden für den Jugendlichen zu vermeiden. Das Prinzip der Proportionalität und der Subsidiarität muss dabei eingehalten werden;

4. an Mitarbeiter der Fachabteilung, die ebenfalls an das Berufsgeheimnis gebunden sind und die diese Angaben ausschließlich für zweckgebundene Verwaltungsaufgaben benötigen. Diese Angaben werden, so weit dies mit dem Ziel zu vereinbaren ist, anonymisiert;

5. an die Vorgesetzten, die ebenfalls an das Berufsgeheimnis gebunden sind, unter der Voraussetzung, dass dies zur Ausübung der Aufsicht über die Dienste erforderlich ist. Diese Angaben werden anonymisiert;

6. Informationen, die in der Form eines Sozialberichts im Rahmen eines erteilten Mandats dem Auftraggeber mitgeteilt werden müssen. Dieser Bericht darf nur die Informationen enthalten, die für die Ausführung des Mandats erforderlich sind. Die Person, die Gegenstand dieser Sozialuntersuchung ist, muss zuvor über die erforderliche Berichterstattung informiert werden.

§ 3 - Die Person, die die Daten schriftlich festgehalten hat, muss jeweils ihr Einverständnis zur Weiterleitung ihrer Unterlagen geben.

Werden vertrauliche Angaben weitergegeben, dürfen sie vom Empfänger nur zu dem Zweck weitergegeben werden, zu dem er diese befugterweise erhalten hat.

§ 4 - Angaben, die zur Erfüllung unterschiedlicher Aufgaben in der Jugendhilfe vorliegen, dürfen in Akten oder auf sonstigen Datenträgern nur zusammengeführt werden, wenn und solange dies wegen eines unmittelbaren Sachzusammenhangs erforderlich ist.

Die im Rahmen der Jugendhilfe ermittelten Daten dürfen unter diesen Bedingungen zum Zweck der Jugendhilfeplanung im Sinne des Artikels 5 gespeichert und genutzt werden; sie sind unverzüglich zu anonymisieren.

Art. 31 - § 1 - Der Erziehungsberechtigte und der Jugendliche können persönlich Einsicht in die sie betreffenden Aktenstücke des Jugendhilfedienstes erhalten, insofern dies berechtigten Interessen Dritter nicht entgegensteht, die Kenntnisnahme dem Ziel der gewährten Jugendhilfe nicht widerspricht oder die erreichten Resultate nicht gefährdet. Ausgenommen sind die medizinisch-psychologischen Gutachten sowie die vertraulichen Aktenstücke, die dem Jugendhilfedienst und dem Jugendgerichtsdienst von den Gerichtsbehörden zur Information übermittelt wurden.

Unter den in Absatz 1 festgelegten Bedingungen kann der Anwalt, der nachweislich die Interessen der betroffenen Personen vertritt, Einsicht in die Akte erhalten.

Der Jugendliche unter 18 Jahren erhält unter den in Absatz 1 festgelegten Bedingungen Einsicht in die Akte, insofern er die im Rahmen einer Sozialuntersuchung festgestellte erforderliche Reife und Urteilsfähigkeit besitzt.

Die in den Absätzen 1-3 erwähnten Personen können ebenfalls eine Kopie der ihnen zur Einsicht freigegebenen Dokumente erhalten. Die in Kopie erhaltenen Aktenstücke dürfen nicht im Rahmen eines anderen gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahrens verwendet werden.

§ 2 - Die Regierung legt die weiteren Modalitäten des Einsichtverfahrens sowie der diesbezüglichen Einspruchsmöglichkeiten fest.

Abschnitt 9 — Kostenbeteiligung

Art. 32 - Die Regierung bestimmt die Bedingungen, unter denen unterhaltspflichtige Personen sowie der Jugendliche ab 18 Jahre selbst zu den Unterhalts-, Erziehungs-, Behandlungs- und Betreuungskosten der Jugendlichen, für die in Anwendung des vorliegenden Dekrets eine Maßnahme vereinbart oder angeordnet wurde, beitragen.

Die Regierung legt für die Kostenbeteiligung eine Staffelung nach Einkommensgruppen und Zahl der Jugendlichen oder Familienangehörigen fest.

Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen eine Kostenbeteiligung ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn die Belastung dem Jugendlichen ab 18 Jahre oder den unterhaltspflichtigen Personen nicht zuzumuten ist.

Art. 33 - Der Jugendhilfedienst im Rahmen der freiwilligen Jugendhilfe und das Jugendgericht im Rahmen der gerichtlichen Jugendhilfe berechnet gemäß den in Anwendung von Artikel 32 festgelegten Regeln den Beitrag des Jugendlichen ab 18 Jahre und der unterhaltspflichtigen Personen. Die Kostenbeteiligung tritt am Tag der Unterzeichnung des in Artikel 13 § 2 vorgesehenen Jugendhilfevertrages beziehungsweise am Tage der Verkündung des Urteils zur Sache in Kraft.

Im Rahmen der vorläufigen Maßnahmen kann der Jugendrichter die Kostenbeteiligung der unterhaltspflichtigen Personen und des Jugendlichen ab 18 Jahre vorläufig bis zum Tage der Verkündung des Urteils zur Sache festlegen. Die vorläufige Kostenbeteiligung ist ab dem Tag der Festlegung der vorläufigen Maßnahme zu entrichten.

Abschnitt 10 — Beschwerden

Art. 34 - Jede Person, die eine Beschwerde gegen eine juristische oder natürliche Person erheben möchte, die mit der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes beauftragt ist, richtet diese schriftlich an den Leiter der juristischen Person oder an die natürliche Person selbst. Kommt es auf Initiative der Person, gegen die sich die Beschwerde richtet, im Rahmen einer Vermittlung zu keiner Einigung, können die Parteien einzeln oder gemeinsam das dazu von der Regierung eingesetzte Gremium mit der Beschwerde befassen. Sowohl die Person, die die Beschwerde eingereicht hat, als auch die Person, gegen die sich die Beschwerde richtet, werden zum Sachverhalt angehört.

Jede Beschwerde und deren Folge werden in ein dazu angelegtes Register eingetragen. Die Regierung hat Einsicht in dieses Register.

Die Regierung legt die Bedingungen und das Verfahren für Beschwerden gegenüber Diensten des Ministeriums fest, die im Rahmen der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig sind.

Abschnitt 11 — Strafrechtliche Bestimmungen

Art. 35 - Jede natürliche oder juristische Person, die im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes regelmäßig Jugendliche aufnimmt oder begleitet, ohne über eine gemäß Artikel 22 erteilte Anerkennung zu verfügen oder deren Anerkennung ausgesetzt oder entzogen wurde, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe von 25 EUR bis zu 5.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Im Wiederholungsfall innerhalb von fünf Jahren nach einer rechtskräftigen Verurteilung wegen des vorgenannten Verstoßes können die Strafen verdoppelt werden.

Art. 36 - Die Erziehungsberechtigten, die sich Maßnahmen, die ihnen gegenüber festgelegt werden, entziehen oder bei deren Umsetzung offensichtlich nicht kooperieren, werden mit einer Geldstrafe in Höhe von 25 EUR bis 500 EUR belegt.

KAPITEL V — Schlussbestimmungen

Art. 37 - Das Dekret vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, abgeändert durch die Dekrete vom 4. März 1996, vom 20. Mai 1997, vom 23. Oktober 2000, vom 3. Februar 2003, vom 1. März 2004 und vom 25. Juni 2007, ist aufgehoben.

Art. 38 - Die in Anwendung von Artikel 32 oder 37 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe erteilte Anerkennung oder Erlaubnis ist bei Inkrafttreten vorliegenden Dekretes ungeachtet abgeschlossener Geschäftsführungsverträge oder Konventionen bis zum 31. Dezember 2009 weiterhin gültig. Nach Ablauf dieser Übergangszeit müssen die Betroffenen eine Anerkennung oder Erlaubnis gemäß Artikel 22 oder 29 beantragen.

Die Artikel 39 bis 41 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe bleiben auf alle bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes am Jugendgericht anhängigen Angelegenheiten bis zu deren Abschluss anwendbar.

Art. 39 - Die Regierung legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes fest. In Ermangelung eines entsprechenden Erlasses tritt das Dekret spätestens am 1. Januar 2009 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 19. Mai 2008

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus
B. GENTGES

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung
O. PAASCH

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport
I. WEYKMANS

—
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2007-2008*

Dokumente des Parlamentes — 120 - Nr. 1: Dekretentwurf — 120 - Nrn. 2-3: Abänderungsvorschläge — 120 - Nr. 4: Bericht.

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 19. Mai 2008.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 3425

[C - 2008/33076]

**19 MAI 2008. — Décret relatif à l'aide à la Jeunesse
et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er} — *Dispositions générales*

Section 1^{re}. — Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, on entend par :

1° jeune : la personne de moins de 18 ans ou celle de moins de 21 ans à qui a été accordée ou imposée une prestation de l'aide à la jeunesse ou une mesure de protection de la jeunesse avant l'âge de 18 ans;

2° famille : les personnes qui ont un lien de parenté avec le jeune ainsi que le tuteur et le protuteur;

3° familiaux : les personnes qui composent l'environnement du jeune, sans qu'il y ait nécessairement un lien de parenté;

4° personne chargée de l'éducation : la personne qui, en vertu de la loi ou d'une décision de justice exerce l'autorité parentale sur le jeune;

5° aide à la jeunesse : l'aide éducative spécialisée qui, dans le cadre du présent décret, est accordée au jeune et/ou à ses familiaux afin de répondre à l'objectif défini à l'alinéa 2;

6° aide volontaire à la jeunesse : la mesure d'aide individuelle à la jeunesse élaborée par le service de l'aide à la jeunesse en accord avec les intéressés;

7° aide judiciaire à la jeunesse : la mesure ordonnée par le tribunal ou le juge de la jeunesse dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse;

8° protection de la jeunesse : les mesures prises à l'égard de jeunes et des personnes chargées de leur éducation, en application de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, à la prise en charge des mineurs ayant commis un fait qualifié infraction et à la réparation du dommage causé par ce fait;

9° Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone;

10° Division : la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente en matière d'aide à la jeunesse.

L'aide à la jeunesse mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 5°, vise à soutenir la famille en tant qu'entité sociale de base et environnement naturel pour le développement de tous ses membres. Elle offre au jeune et à ses familiaux protection et assistance pour renforcer son sens des responsabilités et faciliter son insertion sociale voire professionnelle. L'aide à la jeunesse doit permettre au jeune de mener une vie digne et adaptée à son âge et promouvoir au mieux son développement.

Section 2. — Champ d'application

Art. 2. Le présent décret est applicable à :

1° tout jeune dont l'intégrité physique et/ou psychique, le développement affectif, moral ou social, ou l'éducation sont menacés par son propre comportement, celui des personnes chargées de son éducation ou de tiers, par ses conditions de vie, par des conflits relationnels ou par des événements particuliers;

2° tout jeune ayant commis un fait qualifié infraction, pour autant que celui-ci soit défini dans le présent décret;

3° toute personne chargée de l'éducation qui éprouve des difficultés importantes au niveau de l'éducation d'un jeune, de sorte qu'une éducation visant le bien du jeune ne peut plus être garantie et qu'une prestation de l'aide à la jeunesse s'avère judicieuse voire nécessaire pour son développement;

4° toutes les personnes physiques ou morales qui, à quelque titre que ce soit, participent à l'exécution de mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

La menace pour le jeune visée à l'alinéa 1^{er}, 1°, peut découler du manque de soins et/ou de la défaillance non délibérée des personnes chargées de l'éducation et/ou du comportement de tiers. La menace peut être détectée dès que l'on constate une violation de droits fondamentaux du jeune.

Section 3. — Charte de qualité

Art. 3. Les services de l'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse du Ministère disposent d'une charte de qualité rédigée par le supérieur hiérarchique de chaque service, les collaborateurs concernés étant impliqués dans la rédaction.

Dans le respect des dispositions du présent décret, cette charte mentionne au moins :

- 1° la procédure appliquée par le service, de la réception d'une demande/mission jusqu'à la clôture du dossier;
- 2° les critères à respecter pour garantir la qualité;
- 3° l'orientation du service;
- 4° les directives déontologiques.

La charte est adaptée tous les deux ans à l'évolution de la situation.

Section 4. — Droits du jeune et des personnes chargées de l'éducation

Art. 4. § 1^{er}. Tout jeune et toute personne chargée de l'éducation a droit, indépendamment de ses origines, de son sexe, de sa nationalité, de ses convictions religieuses, philosophiques et politiques, à l'aide organisée dans le cadre de ce décret.

Une demande dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse ne peut être rejetée que pour défaut de compétence matérielle ou territoriale.

§ 2. En application du présent décret, les jeunes ne peuvent être séparés pour leur bien de leurs parents par les autorités compétentes que dans des cas justifiés et dans le cadre d'une décision prise conformément aux législations applicables et susceptible de recours.

La séparation ne se justifie que lorsque les parents, seuls ou avec l'aide ambulante, ne sont pas prêts ou à même de garantir l'intégrité et le développement du jeune. Si le placement à long terme de jeunes âgés d'au plus 7 ans est nécessaire, il s'effectue dans la mesure du possible dans une famille d'accueil.

Section 5. — Comité d'accompagnement pour l'aide à la jeunesse

Art. 5. § 1^{er}. En Communauté germanophone, il est créé un comité d'accompagnement pour l'aide à la jeunesse, ci-après dénommé "comité d'accompagnement", qui est chargé de la planification de l'aide à la jeunesse et de la prévention conformément aux dispositions suivantes.

Le Gouvernement fixe la composition et l'organisation du comité d'accompagnement en veillant à ce qu'au moins les institutions, services et organisations ci-après soient représentés comme suit :

- 1° le service de l'aide à la jeunesse et le service de l'aide judiciaire à la jeunesse, par un représentant commun;
- 2° le "Dienst für Kind und Familie" (Service pour l'Enfance et la Famille), par un représentant;
- 3° les centres publics d'action sociale, par un représentant commun;
- 4° le centre psycho-social, par un représentant;
- 5° les centres psycho-médico-sociaux, par un représentant commun;
- 6° le centre Mosaïque pour l'encadrement socio pédagogique d'enfants et de jeunes, par un représentant;
- 7° l'organisation "Oikos", par un représentant;
- 8° le "Pflegefamiliendienst" (le service de familles d'accueil), par un représentant.

Le Gouvernement désigne les membres sur proposition des institutions, organisations et services concernés. Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif. Les membres sont désignés pour quatre ans. Le mandat est renouvelable.

Le comité d'accompagnement est placé sous la direction d'un spécialiste désigné par le Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les modalités auxquelles des indemnités pour frais de déplacement et des jetons de présence sont octroyés aux membres.

§ 2. Les missions du comité d'accompagnement sont les suivantes :

- 1° organiser tous les deux ans, pour le 30 mai au plus tard, un forum sur l'aide à la jeunesse axé sur la planification de l'aide et la prévention et auquel participent les acteurs de l'aide à la jeunesse et des autres domaines concernés;
- 2° évaluer continuellement le besoin d'aide en tenant compte des besoins et des intérêts des jeunes et des personnes chargées de l'éducation et analyser les conditions indispensables pour couvrir ce besoin d'aide, et ce en tenant compte du fait qu'un besoin imprévu doit pouvoir être satisfait;
- 3° promouvoir des initiatives qui correspondent au besoin détecté;
- 4° tester l'opportunité des initiatives envisagées du point de vue de leur efficacité;
- 5° tester l'applicabilité de mesures de prévention, leur compatibilité avec les lignes de force déterminées à l'article 7 et les évaluer régulièrement.

Le Gouvernement peut charger le comité d'accompagnement de missions autres que celles reprises au premier alinéa.

Section 6. — Prévention

Art. 6. Le travail de prévention dans le cadre de l'aide à la jeunesse doit être effectué en interconnexion avec d'autres secteurs tels que l'enseignement, la promotion sanitaire et le travail avec les jeunes, domaines qui peuvent influencer les conditions de vie du jeune.

Lors de l'examen et de l'évaluation de mesures de prévention, le comité d'accompagnement veille, conformément à l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, 5^o, au respect des critères de qualité ci-après :

- 1° une description de la situation de départ;
- 2° une définition claire des objectifs;
- 3° l'adéquation des objectifs et de la méthode;
- 4° l'effet durable de la mesure;
- 6° une documentation;
- 7° un concept d'évaluation.

Les organisations et services de l'aide à la jeunesse ainsi que les acteurs des autres secteurs mentionnés à l'alinéa 1^{er} doivent être impliqués tant au niveau de la planification que de la concrétisation de nouvelles mesures de prévention. Les personnes ayant déjà été concernées par l'aide à la jeunesse doivent également être impliquées, pour autant qu'elles y soient disposées.

Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles sont financées des mesures de prévention, mises en œuvre par le comité d'accompagnement en application de l'article 5.

Section 7. — Lignes de force de l'aide à la jeunesse

Art. 7. En tenant compte des résultats du forum sur l'aide à la jeunesse visé à l'article 5, § 2, alinéa 1^{er}, 1^o, le Gouvernement détermine les lignes de force de l'aide à la jeunesse tous les deux ans sur proposition du comité d'accompagnement mentionné à l'article 5, § 1^{er}.

CHAPITRE II. — Aide volontaire à la Jeunesse

Section 1^{re}. — Service de l'aide à la jeunesse

Art. 8. § 1^{er}. Dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse, il est institué au sein de la Division un service de l'aide à la jeunesse ("Jugendhilfedienst").

Le Gouvernement peut confier à des personnes physiques ou morales certaines tâches du service de l'aide à la jeunesse. Les dispositions du présent chapitre relatives à la qualification et aux autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel ainsi que celles relatives à la procédure s'appliquent à ces personnes.

§ 2. Dans le respect du présent décret, le Gouvernement fixe les qualifications et autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel du service de l'aide à la jeunesse ainsi que l'organisation, les missions et le fonctionnement de ce service.

§ 3. Le service de l'aide à la jeunesse peut être contacté par tout intéressé : jeunes, personnes chargées de l'éducation, organisations, autorités et tiers. Le demandeur donne des informations sur le problème, sur les démarches déjà entreprises et désigne la nature de la menace.

Art. 9. Lorsque, en application du présent décret, le service de l'aide à la jeunesse intervient dans une famille en parallèle avec d'autres services et organisations, il assure un rôle de coordination. En concertation avec les autres intervenants, il fixe, dans le cadre de l'objectif défini en commun et après analyse, les missions de tous les intervenants, centralise les informations relatives aux mesures prises et contrôle l'exécution des missions fixées.

Art. 10. Sans préjudice de l'entraide administrative octroyée sur demande d'une autre autorité, le service de l'aide à la jeunesse est compétent pour les demandes introduites en application de l'article 2, dans la mesure où le domicile du jeune menacé se trouve en région de langue allemande. Si le jeune n'a pas de domicile, le service de l'aide à la jeunesse est tout de même compétent, pour autant que l'endroit où le jeune est éduqué et où il est subvenu à ses besoins se trouve en région de langue allemande. Si aucun de ces deux critères de localisation ne peut être appliqué, c'est le lieu de séjour du jeune qui est décisif pour déterminer la compétence territoriale du service de l'aide à la jeunesse.

Si le service de l'aide à la jeunesse ne dispose plus de la compétence territoriale en raison d'un changement de domicile du jeune, il transmet les informations nécessaires à l'autorité désormais compétente. En accord avec elle, le service de l'aide à la jeunesse peut continuer à accompagner et guider le jeune pendant une période transitoire de 6 mois au plus.

Art. 11. En vue d'exécuter le contrat d'aide à la jeunesse mentionné à l'article 13, l'organisation en charge du programme d'aide reçoit du service de l'aide à la jeunesse toutes les informations nécessaires concernant le jeune et ses familiers.

Section 2. — Implication du jeune et des personnes chargées de l'éducation

Art. 12. Dans le respect de la procédure fixée à l'article 13, une mesure d'aide volontaire à la jeunesse ne peut être décidée qu'après avoir entendu les personnes concernées et moyennant leur accord.

Tout jeune qui est entendu peut se faire accompagner par une personne de son choix. A sa demande ou en raison d'une décision prise dans son intérêt par le service de l'aide à la jeunesse, le jeune est entendu sans la présence de la personne chargée de son éducation.

Toute décision portant sur une mesure d'aide volontaire à la jeunesse doit être communiquée par écrit au jeune qui a 12 ans accomplis et est directement concerné par cette mesure, ainsi qu'à la personne chargée de son éducation.

Art. 13. § 1^{er}. Pour organiser l'aide volontaire à la jeunesse, le service de l'aide à la jeunesse mène un entretien de planification avec les personnes chargées de l'éducation, le jeune ayant la maturité requise et les organisations mentionnées au § 4. Lors de cet entretien seront débattus les besoins, les prestations requises, la durée de l'aide et la participation aux frais des personnes chargées de l'éducation.

§ 2. Le résultat consensuel auquel aboutit l'entretien de planification est consigné dans un contrat d'aide à la jeunesse. Ce contrat renvoie en outre aux règles de l'article 30 relatives à la protection des données et au secret professionnel ainsi qu'à la possibilité de recours ouverte à l'article 34.

§ 3. Ce contrat est signé par le service de l'aide à la jeunesse, les services, organisations et personnes chargées d'exécuter le programme d'aide ainsi que par les personnes chargées de l'éducation et le jeune ayant la maturité requise.

Si plusieurs personnes sont chargées de l'éducation, la signature du contrat par une seule d'entre elles suffit si

1° l'autre personne chargée de l'éducation est dans l'impossibilité de signer parce que sa santé est menacée ou que son domicile n'est pas connu;

2° l'autre personne chargée de l'éducation témoigne d'un désintérêt manifeste à l'égard du jeune ou

3° une menace grave menace le jeune et l'autre personne chargée de l'éducation donne son accord à posteriori.

Le service de l'aide à la jeunesse décide, dans le respect des prescriptions figurant dans la charte de qualité, si les conditions pour la signature par une seule personne chargée de l'éducation sont ou non remplies. Si oui, il doit le motiver par écrit et joindre ce document au dossier d'aide à la jeunesse.

Le cas échéant, le contrat peut de plus être signé par la personne du ménage avec laquelle le parent vit maritalement, dans la mesure où cette personne est concernée par la planification.

§ 4. Pour la mise en œuvre du programme d'aide, le service de l'aide à la jeunesse s'appuie - sans préjudice de l'article 29 - sur des organisations implantées en Communauté germanophone. Il leur fournit toutes les informations utiles concernant le jeune et ses familiers.

Art. 14. Le service de l'aide à la jeunesse vérifie régulièrement avec les intéressés si le programme d'aide reste approprié et nécessaire.

CHAPITRE III. — Aide judiciaire à la Jeunesse

Section 1^{re}. — Service de l'aide judiciaire à la jeunesse

Art. 15. § 1^{er}. Dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, il est institué un service de l'aide judiciaire à la jeunesse ("Jugendgerichtsdienst").

Dans le respect du présent décret, le Gouvernement fixe les qualifications et autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel du service de l'aide judiciaire à la jeunesse ainsi que l'organisation, les missions et le fonctionnement de ce service.

§ 2. Dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse ou le procureur du Roi charge le service de l'aide judiciaire à la jeunesse de rédiger des rapports sociaux et des avis. Le service de l'aide judiciaire à la jeunesse organise la mise en œuvre des mesures ordonnées par le tribunal ou le juge de la jeunesse et peut conclure à cette fin un contrat avec la personne physique ou morale chargée de mettre en œuvre la mesure.

§ 3. Le Gouvernement peut confier à des personnes physiques ou morales certaines tâches du service de l'aide judiciaire à la jeunesse. Les dispositions du présent chapitre relatives à la qualification et aux autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel ainsi que celles relatives à la procédure s'appliquent à ces personnes.

§ 4. Sans préjudice de l'entraide administrative octroyée sur demande d'une autre autorité, la compétence territoriale du service de l'aide judiciaire à la jeunesse correspond à celle du tribunal de la jeunesse.

§ 5. Lorsque, en application du présent décret, le service de l'aide judiciaire à la jeunesse intervient dans une famille à côté d'autres services et organisations, il assure un rôle de coordination. En concertation avec les autres intervenants, il fixe, dans le cadre de l'objectif défini en commun et après analyse spécifique, les missions de tous les intervenants et centralise les informations relatives aux mesures prises et contrôle l'exécution des missions fixées.

Section 2. — Intervention des instances judiciaires

Art. 16. § 1^{er}. En cas de désaccord entre la personne intéressée et le service de l'aide à la jeunesse les empêchant de collaborer ou pouvant conduire à un rejet unilatéral de la mesure d'éducation, ou en cas de rejet d'une demande d'aide, le médiateur agréé désigné par le Gouvernement intervient à la demande de la personne chargée de l'éducation, du jeune ou du service de l'aide à la jeunesse. Si cette médiation échoue, le service de l'aide à la jeunesse transmet le dossier au procureur du Roi, s'il considère toujours que le jeune est menacé.

Si le procureur du Roi partage l'avis du service de l'aide à la jeunesse quant à l'existence d'une menace pour le jeune, il saisit le juge ou le tribunal de la jeunesse du dossier. Le juge ou le tribunal peut dans ce cas ordonner une mesure dans l'intérêt du jeune contre la volonté de la personne intéressée.

Si le procureur du Roi ne partage pas l'avis du service de l'aide à la jeunesse quant à l'existence d'une menace pour le jeune, le dossier est clos.

§ 2. Dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse, le service de l'aide à la jeunesse peut saisir directement le juge ou tribunal de la jeunesse d'un dossier si, dans l'intérêt du jeune, une ou plusieurs mesures semblent opportunes dans le cadre de l'entretien de planification mentionné à l'article 13, et ce même sans l'accord de la personne intéressée.

A l'exception de l'entraînement parental prévu à l'article 17, § 1^{er}, 2°, pour lequel une durée spécifique peut être fixée, les mesures imposées à l'alinéa 1 ne peuvent excéder un an.

Le service de l'aide à la jeunesse reste dans ce cas saisi du dossier.

§ 3. Si les intérêts d'un jeune sont menacés de manière imminente, le juge de la jeunesse peut, par dérogation au § 1^{er}, sur requête directe du procureur du Roi, imposer à titre provisoire et pour 30 jours au plus une mesure mentionnée à l'article 17. A l'expiration de ce délai, le traitement du dossier est poursuivi dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse.

En outre, par dérogation au § 1^{er}, le tribunal ou le juge de la jeunesse peut être saisi d'un dossier directement par le procureur du Roi :

1° lorsqu'une personne majeure est suspectée d'avoir commis un fait qualifié infraction à l'égard d'un jeune et qu'il s'avère nécessaire de prendre une mesure en vue de protéger ce jeune;

2° lorsque, sur la base du présent décret, le tribunal de la jeunesse est déjà saisi d'un dossier et que le procureur du Roi juge nécessaire de prendre une mesure à l'égard du même ou d'un autre jeune de cette famille ou

3° lorsqu'une mesure adoptée à l'égard d'un jeune a pris fin il y a moins d'un an et qu'il s'avère à nouveau nécessaire d'adopter une mesure à son encontre.

§ 4. En cas de menace imminente, le procureur du Roi peut lui-même ordonner une mesure mentionnée à l'article 17; celle-ci perd toutefois son effet après sept jours si elle n'a pas été confirmée dans ce délai par le juge ou le tribunal de la jeunesse.

Art. 17. § 1^{er}. Dans le cadre de l'aide à la jeunesse, en prenant en considération l'offre existante et dans le respect des objectifs définis à l'article 20, le juge ou le tribunal de la jeunesse peut ordonner, une ou plusieurs des mesures suivantes :

1° imposer pour une durée maximale de deux ans un accompagnement pédagogique ou thérapeutique au jeune, aux personnes chargées de l'éducation et/ou aux personnes qui en ont la garde, lorsque c'est nécessaire dans l'intérêt du jeune;

2° imposer aux personnes chargées de l'éducation de participer à un entraînement parental, lorsque c'est nécessaire dans l'intérêt du jeune. L'entraînement parental concerne notamment les aspects suivants :

a) la motivation des personnes chargées de l'éducation à adopter un autre mode d'éducation et à poursuivre leurs efforts dans cette voie;

b) le recours à des entretiens, symboles et jeux de rôle dans le but d'illustrer de façon concrète et compréhensible le lien entre l'univers émotionnel et relationnel de l'individu et les difficultés rencontrées dans l'éducation du jeune;

c) la perception que le participant a des rôles et son auto-compréhension dans la perspective d'une réflexion;

d) l'organisation individuelle et/ou collective selon les besoins.

3° imposer, pour une durée maximale de deux ans, au jeune et aux personnes chargées de son éducation un accompagnement familial par une organisation;

4° confier le jeune, éventuellement avec les personnes chargées de son éducation à un projet d'aide à la jeunesse pour une durée maximale de deux ans, lorsque c'est nécessaire dans l'intérêt du jeune; ce projet doit pouvoir s'inscrire dans une des formes d'aide décrites à l'article 20;

5° placer le jeune sous la surveillance du service de l'aide judiciaire à la jeunesse;

6° soumettre le jeune, pour une durée maximale de deux ans, à un accompagnement éducatif intensif et à un accompagnement individuel par un éducateur de référence ou à un suivi socio-pédagogique intensif individuel;

7° laisser le jeune qui a 12 ans accomplis dans son milieu familial pour une durée maximale de six mois, moyennant le respect d'une ou plusieurs des conditions suivantes :

a) suivre régulièrement les cours;

b) suivre une formation;

c) participer à une ou plusieurs activités culturelles, sportives ou sociales valorisantes;

d) respecter d'autres obligations ou interdictions fixées par le tribunal de la jeunesse.

Le service de l'aide judiciaire à la jeunesse est chargé de vérifier si les obligations sont bien respectées. Si l'une des obligations ou interdictions fixées par le juge de la jeunesse n'est pas respectée, le service de l'aide judiciaire à la jeunesse en informe immédiatement le juge. Ce dernier peut alors adapter la mesure sur la proposition du service de l'aide judiciaire à la jeunesse;

8° imposer au jeune un programme éducatif pour une durée maximale de six mois; ce programme a pour but d'aider à son éducation, au renforcement du sens des responsabilités ainsi qu'à son intégration sociale voire professionnelle;

9° permettre au jeune qui a 16 ans accomplis d'avoir, sous surveillance régulière, un logement indépendant;

10° soumettre le jeune à l'accompagnement d'un centre d'accueil et d'orientation;

11° soumettre le jeune pour une durée maximale de trois mois à l'accompagnement d'un centre d'observation ou le placer en observation dans un institut psychiatrique ou un département psychiatrique d'un hôpital pour la même période;

12° ordonner un accueil familial en application de l'article 20, § 1^{er}, 3°;

13° confier le jeune, pour une durée maximale de deux ans, à une institution appropriée à régime ouvert pour un encadrement résidentiel, ou le confier à un internat pour une année scolaire au plus;

14° confier le jeune âgé de 14 ans accomplis à une institution à régime fermé pour un encadrement résidentiel;

15° ne confier le jeune qu'à l'une des personnes chargées de son éducation pour une durée maximale de deux ans.

Le Gouvernement fixe les conditions-cadres pour l'exécution des mesures mentionnées au présent paragraphe.

§ 2. Le tribunal de la jeunesse peut à tout moment lever les mesures fixées au § 1^{er} du présent article, que se soit d'office, à la demande du service de l'aide judiciaire à la jeunesse, du procureur du Roi ou, par l'intermédiaire du service de l'aide judiciaire à la jeunesse, à la demande des personnes chargées de l'éducation, du jeune concerné ou du service d'accompagnement, ou les remplacer par une autre mesure prévue au § 1^{er}. Plusieurs mesures peuvent être prises en parallèle.

Les mesures mentionnées au § 1^{er} cessent à l'expiration du terme prévu. Une mesure peut au besoin être prorogée pour la même durée.

Art. 18. Les mesures énumérées à l'article 17 sont exécutées par des services du Ministère ou par les organisations visées à l'article 22, et ce pour ordre du juge ou du tribunal de la jeunesse, sur la proposition du service de l'aide judiciaire à la jeunesse.

Dans des cas exceptionnels justifiés, une personne physique ou morale extérieure à la région de langue allemande et reconnue par les autorités compétentes peut être chargée d'exécuter les mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse par le tribunal de la jeunesse, le juge de la jeunesse ou le service de l'aide à la jeunesse, le placement dans une autre communauté nécessitant un accord de coopération en la matière et celui à l'étranger l'accord de la personne physique ou morale concernée.

Art. 19. Dans les cas visés à l'article 16, §§ 1^{er} et 2, et § 3, alinéa 2, le juge de la jeunesse peut ordonner les mesures énumérées à l'article 17 à titre de mesures transitoires, avant la procédure sur le fond. La durée maximale de toutes les mesures provisoires est limitée à 12 mois au total.

CHAPITRE IV. — *Dispositions communes**Section 1^{re}. — Objectifs des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse*

Art. 20. § 1^{er}. Lorsque sont octroyées ou ordonnées des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse qui peuvent être classées parmi les formes d'accompagnement suivantes, les objectifs définis dans le présent article doivent être pris en considération :

1° encadrement ambulatoire : l'encadrement ambulatoire prendra la forme soit d'un encadrement socio-pédagogique, psychologique ou thérapeutique d'un jeune vivant de manière autonome soit d'un encadrement socio-pédagogique des familiers.

L'encadrement socio-pédagogique doit - en impliquant autant que possible l'environnement social - aider les jeunes à affronter les problèmes de la vie quotidienne et de développement et promouvoir leur autonomie en maintenant la connexion vitale avec leurs familiers.

Grâce aux conseils et au soutien, les conditions d'éducation par ses familiers doivent, dans un délai tenable du point de vue du développement du jeune, être améliorées de manière à ce que ce jeune puisse rester avec ses familiers. Si une amélioration durable des conditions éducatives ne peut être atteinte dans ce délai, une autre perspective de vie, qui promeut le bien du jeune et est axée sur la durée, sera élaborée avec les différents acteurs.

2° suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel : le suivi socio-pédagogique ou thérapeutique intensif individuel doit être octroyé aux jeunes qui ont besoin d'un soutien intensif en vue de pouvoir s'intégrer socialement et mener leur vie sous leur propre responsabilité. Cette aide est, en règle générale, axée sur le long terme et peut être résidentielle ou ambulatoire.

3° accueil familial : l'accueil familial doit se dérouler dans le cadre d'une famille d'accueil d'urgence, d'une famille d'accueil ou d'une famille de parrainage. Cette forme d'accueil offre aux jeunes, auprès d'autres familiers, une aide éducative limitée dans le temps ou une autre forme de vie axée sur la durée. Il est tenu compte de l'âge et du développement du jeune, de ses liens personnels ainsi que des possibilités d'amélioration des conditions éducatives dans sa famille.

Les droits et devoirs des familles d'accueil d'urgence, familles d'accueil et familles de parrainage sont consignés dans un contrat. Le Gouvernement fixe le cadre précis pour la conclusion du contrat en tenant compte des aspects suivants :

a) la famille d'accueil d'urgence garantit un entretien à temps plein, pour une durée limitée, soit par des familiers du jeune soit par des parents d'accueil externes, sélectionnés et formés, avec pour objectif que la famille travaille à une modification des conditions éducatives avec des spécialistes pour ainsi créer la condition nécessaire à un retour du jeune dans sa famille;

b) la famille d'accueil garantit l'entretien à long terme par des familiers du jeune ou par des parents d'accueil externes, sélectionnés et formés, afin d'offrir au jeune un cadre de vie sûr;

c) les parrains d'une famille de parrainage sont des personnes de référence fiables pour le jeune, qui lui offrent hébergement et espace, provisoirement ou de manière continue, avec pour objectif de pouvoir maintenir la vie dans sa famille ou de faciliter, à titre transitoire, l'encadrement résidentiel.

4° encadrement résidentiel : l'aide éducative jour et nuit dans une institution dans une forme particulière de résidence-services encourage le jeune dans son développement en alliant vie quotidienne dans un cadre pédagogique et des offres thérapeutiques.

Suivant l'âge et le développement du jeune et les possibilités d'amélioration des conditions éducatives parmi ses familiers, l'encadrement résidentiel doit :

a) rendre possible un retour dans la famille ou

b) préparer l'accueil familial ou

c) offrir une forme de vie axée sur le long terme et préparer à une vie autonome.

Dans le cadre de cette forme d'aide à la jeunesse, les jeunes doivent être intensivement conseillés et soutenus dans leur formation, le développement de leurs compétences sociales ainsi que dans leur mode général de vie.

§ 2. Sans préjudice des objectifs spécifiques susmentionnés des différentes mesures d'aide à la jeunesse, les personnes mandatées dans le cadre du présent article ont pour tâche de promouvoir l'éducation, la formation et l'intégration professionnelle du jeune.

Section 2. — Prolongation de l'octroi de l'aide au-delà de la majorité

Art. 21. § 1^{er}. Une prolongation, jusqu'à ses 21 ans au plus, peut être accordée au jeune qui, avant d'avoir 18 ans accomplis, est impliqué dans une mesure éducative organisée par le service de l'aide à la jeunesse ou imposée par le tribunal de la jeunesse. Le Gouvernement peut relever l'âge maximal.

La prolongation sert à aider le jeune majeur, dans une phase transitoire, à développer sa personnalité et à mener sa vie sous sa propre responsabilité.

§ 2. A cette fin, le jeune adresse une demande écrite à la Division, laquelle sollicite l'avis de l'instance qui a décidé la mesure ainsi que de l'organisation chargée de son exécution. Dans sa demande, le jeune indique les raisons pour lesquelles il souhaite une prolongation et la durée souhaitée. Le Gouvernement décide d'accorder ou non la prolongation sur la base de l'avis émis par la Division.

Le jeune doit introduire la demande de prolongation de la mesure au plus tard un mois avant d'avoir atteint les 18 ans ou avant l'expiration d'une prolongation déjà décidée.

Sur demande motivée, une prolongation peut être renouvelée, mais ne peut jamais aller au-delà de l'âge maximal fixé au § 1^{er}.

Le Gouvernement peut subordonner l'octroi d'une prolongation au respect, par le jeune, de certaines obligations.

Lorsque la prolongation est accordée, le Ministère supporte les frais liés à la mesure comme avant la prolongation. Si le jeune vit de façon autonome, le Ministère supporte seulement le coût de l'accompagnement, pas le coût de la vie.

Pendant la prolongation, le service de l'aide à la jeunesse ou le service de l'aide judiciaire à la jeunesse selon le cas reste compétent pour évaluer régulièrement la mesure.

§ 3. Le jeune de plus de 18 ans peut à tout moment mettre fin anticipativement à la prolongation par le biais d'une communication à la Division du Ministère. Le Gouvernement peut retirer son autorisation si le jeune ne respecte pas ses obligations.

§ 4. Pendant la prolongation, le jeune peut solliciter une adaptation de la mesure. Pour ce faire, il introduit par écrit une demande motivée auprès de la Division. Le Gouvernement statue sur cette demande conformément à la procédure fixée au § 2.

Section 3. — Agréation et subventionnement

Art. 22. § 1^{er}. Toute personne physique ou morale qui accueille ou accompagne régulièrement des jeunes dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, doit être agréée à cette fin par le Gouvernement. Les services du Ministère institués dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse sont considérés comme agréés en application du présent article.

Pour être agréé, le demandeur doit être actif dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, poursuivre des objectifs d'utilité publique et être en mesure de prouver qu'il remplit les conditions techniques et personnelles pour contribuer de manière significative à couvrir les besoins du secteur de l'aide à la jeunesse.

A cette fin, le Gouvernement fixe les conditions d'agrégation, se rapportant en autres :

- 1° à la nature, à l'objectif et à la qualité des prestations proposées;
- 2° au groupe de personnes suivies dans l'organisation, dans le service ou par la personne physique;
- 3° au nombre et à la qualification des membres du personnel;
- 4° aux installations et conditions nécessaires au fonctionnement de l'organisation;
- 5° aux soins, à l'enseignement, à la formation professionnelle et au système éducatif des jeunes;
- 6° au financement des prestations proposées;
- 7° à la base scientifique reconnue des méthodes de travail appliquées;
- 8° à la moralité du personnel de la personne morale ou de la personne physique mandatée ainsi que la responsabilité pénale de la personne morale.

Les conditions énoncées à l'alinéa 3, 3°, 4° et 6°, ne s'appliquent pas aux personnes physiques.

Le Gouvernement peut plafonner le nombre de pouvoirs organisateurs agréés. Lorsqu'il choisit les pouvoirs organisateurs, le Gouvernement prend notamment en compte la date de la demande, l'expérience et les compétences dans le domaine de l'aide à la jeunesse ainsi que les connaissances linguistiques requises pour l'aide à la jeunesse.

§ 2. Le Gouvernement peut conclure avec une organisation un contrat de gestion dans lequel les missions de ladite organisation seront fixées dans le respect du présent décret. Lorsqu'un contrat de gestion est conclu, l'organisation est considérée de plein droit comme étant agréée pour la durée du contrat, laquelle ne peut excéder 6 ans.

§ 3. L'agrégation est accordée pour une durée de six ans et peut chaque fois être prolongée pour la même durée.

Le Gouvernement fixe la procédure d'agrégation, de suspension et de retrait de l'agrégation.

Art. 23. Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrégation ne sont plus remplies, la personne physique ou morale concernée dispose d'un délai de six mois au plus pour se mettre en règle.

Lorsque les conditions ne sont pas remplies au terme de ce délai, le Gouvernement peut, aux conditions fixées par lui et après audition de la personne, suspendre ou retirer l'agrégation.

Le retrait de l'agrégation entraîne la cessation des activités.

Art. 24. Lorsqu'une organisation agréée change de pouvoir organisateur, l'agrégation doit être confirmée conformément aux conditions fixées par le Gouvernement. L'agrégation reste valable jusqu'à ce qu'elle soit confirmée ou retirée.

Art. 25. § 1^{er}. Dans le cadre des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement fixe les conditions d'octroi et le montant des subsides accordés aux personnes agréées conformément à l'article 22 ou les conditions et le montant de la participation aux frais encourus pour les prestations fournies.

Si le Gouvernement conclut un contrat de gestion conformément à l'article 22, § 2, il y fixe la participation financière mentionnée à l'alinéa 1^{er}.

§ 2. Le pouvoir organisateur doit assurer que les prestations proposées sont appropriées, suffisantes, opportunes et rentables. Le subventionnement doit être adapté à la prestation.

Si les conditions d'agrégation ne sont pas respectées dans le délai mentionné dans l'article 23, alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut, aux conditions qu'il fixe et après avoir entendu la personne suspendre ou réduire le subventionnement ou la participation financière.

Section 4. — Service de familles d'accueil

Art. 26. § 1^{er}. Afin d'accompagner et d'encadrer des familles d'accueil, il est institué au sein de la Division un service de familles d'accueil.

Le Gouvernement peut confier à des personnes physiques ou morales certaines tâches du service de familles d'accueil. Les dispositions du présent chapitre concernant la qualification et les autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel ainsi que la procédure s'appliquent à ces personnes.

§ 2. Dans le cadre des conditions fixées par le Gouvernement, le service de familles d'accueil a pour missions de :

- 1° recruter et former des familles souhaitant devenir famille d'accueil d'urgence, famille d'accueil ou famille de parrainage;
- 2° placer des jeunes dans les familles visées au 1°, sur mandat du service de l'aide à la jeunesse, du tribunal de la jeunesse ou du service de l'aide judiciaire à la jeunesse ainsi que de l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption;
- 3° assurer la médiation entre les familles mentionnées au 1° et la famille mentionnée à l'article 1^{er}, 2°;
- 4° accompagner, conseiller et soutenir les familles mentionnées au 1° pendant le placement pour toutes les questions liées à l'accueil;
- 5° rendre régulièrement compte du développement du jeune au service ou à l'autorité qui a convenu du placement ou l'a initié.

§ 3. Dans le respect du présent décret, le Gouvernement fixe les qualifications et autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel du service, ainsi que l'organisation, les missions et le fonctionnement du service.

Section 5. — Service de médiation

Art. 27. Au sein de la division, il est institué un service de médiation qui, dans le cadre de la loi mentionnée à l'article 1^{er}, 8°, assure la médiation sur ordre du procureur du Roi, du tribunal ou du juge de la jeunesse ainsi que la concertation restauratrice en groupe sur ordre du tribunal ou du juge de la jeunesse.

Dans le respect du présent décret, le Gouvernement fixe les qualifications et autres exigences professionnelles auxquelles doit satisfaire le personnel du service, l'organisation, les missions et le fonctionnement du service.

Section 6. — Stage parental

Art. 28. Le Gouvernement organise un stage parental ou charge un service ou une personne physique ou morale de l'organiser et de le mener dans le cadre de la loi mentionnée à l'article 1^{er}, 8°.

Section 7. — Coopérations

Art. 29. Le Gouvernement peut autoriser des pouvoirs organisateurs d'offres dans le secteur de l'aide à la jeunesse à réaliser certaines offres en région de langue allemande, alors qu'elles ont leur siège en dehors de celle-ci.

Ces pouvoirs organisateurs doivent remplir les conditions d'agrément fixées à l'article 22. Ils doivent en outre fournir la preuve qu'ils ont été autorisés, dans leur implantation d'origine, à exercer l'activité qu'ils souhaitent mener en Communauté germanophone. Pour ce qui concerne la procédure d'agrément, l'article 22 est également d'application.

Section 8. — Secret professionnel et protection des données

Art. 30. § 1^{er}. Sans préjudice de l'application du § 2 du présent article, toute personne qui traite un dossier en application du présent décret est tenue, pour le bien et/ou la protection du jeune, de coopérer avec les personnes qui interviennent dans ce même dossier. Celles-ci doivent notamment être informées des mesures déjà entreprises.

La coopération exige le respect de la répartition des compétences et missions de chacun.

§ 2. Toute personne qui contribue à l'exécution du présent décret ne peut transmettre les données à caractère personnel, médical, familial, scolaire, professionnel, social, économique, éthique, religieux ou philosophique qui lui ont été confiées dans l'exercice de sa mission et s'y rapportent que si l'une des conditions suivantes est remplie :

1° le destinataire est également soumis au secret professionnel et la transmission est nécessaire pour atteindre l'objectif de l'aide ou estimer le degré de la menace encourue par le jeune. Le jeune ou, s'il est mineur, la personne chargée de son éducation doit immédiatement être informé de cette transmission, à moins que cela soit contraire au bien et à la protection du jeune;

2° les conditions des articles 29 et 30 du Code de procédure pénale et de l'article 458bis du Code pénal sont remplies, le détenteur des informations confidentielles est donc légalement tenu de les communiquer;

3° lorsque le détenteur d'informations confidentielles doit passer outre le secret professionnel pour éviter un dommage plus grave encore pour le jeune. Le principe de proportionnalité et de subsidiarité doit être observé;

4° les données sont transmises aux collaborateurs de la Division qui sont également tenus au secret professionnel, et n'ont besoin de ces données qu'à des fins administratives opportunes. Ces données seront rendues anonymes tant que c'est conciliable avec l'objectif;

5° les données sont transmises aux supérieurs qui sont également tenus au secret professionnel, à condition que ce soit requis pour l'exercice de la tutelle sur les services. Les données seront rendues anonymes;

6° il s'agit d'informations qui, dans le cadre d'un mandat, doivent être communiquées au "commanditaire" sous la forme d'un rapport social. Ce rapport ne peut contenir que les informations requises pour l'exercice du mandat. La personne qui fait l'objet de cette enquête sociale doit d'abord être informée de la nécessité d'établir un rapport.

§ 3. La personne qui a consigné par écrit les données doit à chaque fois marquer son accord pour la transmission de ses documents.

Si des données à caractère confidentiel sont transmises, le destinataire ne peut à son tour les transmettre qu'aux fins auxquelles il les a reçues de manière autorisée.

§ 4. Des données qui sont collectées pour remplir des missions d'aide à la jeunesse différentes ne peuvent être rassemblées dans des dossiers ou sur d'autres supports que si et aussi longtemps que nécessaire pour avoir un aperçu direct de l'affaire.

Les données transmises dans le cadre de l'aide à la jeunesse peuvent, à ces conditions, être stockées et utilisées en vue de la planification de l'aide à la jeunesse au sens de l'article 5 du présent décret; elles doivent être immédiatement rendues anonymes.

Art. 31. § 1^{er}. La personne chargée de l'éducation et le jeune peuvent consulter personnellement les pièces du dossier du service d'aide à la jeunesse les concernant, à condition que cela ne porte pas atteinte aux intérêts légitimes de tiers, n'aille pas à l'encontre de l'objectif visé par l'aide accordée ou ne compromette pas les résultats obtenus. Les avis médico-psychologiques ainsi que les pièces à caractère confidentiel transmises pour information au service de l'aide à la jeunesse et au service de l'aide judiciaire à la jeunesse ne peuvent pas être consultés.

L'avocat qui prouve représenter les intérêts de la personne concernée peut consulter le dossier aux conditions fixées à l'alinéa 1^{er}.

Aux conditions fixées à l'alinéa 1^{er}, le jeune de moins de 18 ans peut consulter le dossier, à condition qu'une enquête sociale prouve qu'il possède la maturité et le discernement suffisants.

Les personnes mentionnées aux alinéas 1^{er} à 3 peuvent également recevoir copie des documents qu'ils peuvent consulter. Les copies des pièces ne peuvent pas être utilisées dans le cadre d'une autre procédure judiciaire ou extrajudiciaire.

§ 2. Le Gouvernement fixe les modalités de consultation des dossiers et les possibilités de recours.

Section 9. — Participation aux frais

Art. 32. Le Gouvernement détermine les conditions auxquelles les débiteurs d'aliments et jeunes de 18 ans et plus participent personnellement aux frais d'entretien, d'éducation, de traitement et d'accompagnement des jeunes pour lesquels une mesure a été convenue ou ordonnée en application du présent décret.

En ce qui concerne la participation aux frais, le Gouvernement fixe un échelonnement selon les groupes de revenus et le nombre de jeunes ou membres de la famille.

Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles une participation aux frais peut être abandonnée en tout ou partie lorsque le jeune de 18 ans ou plus ou les personnes chargées de l'éducation ne peuvent faire face à la charge.

Art. 33. Le service de l'aide à la jeunesse, dans le cadre de l'aide volontaire à la jeunesse, et le tribunal de la jeunesse, dans le cadre de l'aide judiciaire à la jeunesse, calcule la participation du jeune âgé de 18 ans ou plus et des débiteurs d'aliments conformément aux règles fixées en application de l'article 32. La participation aux frais entre en vigueur le jour de la signature du contrat d'aide à la jeunesse prévu à l'article 13, § 2, du présent décret ou au jour du prononcé du jugement au fond.

Dans le cadre des mesures provisoires, le juge de la jeunesse peut déterminer la participation aux frais des débiteurs d'aliments ou du jeune de 18 ans et plus à titre provisoire en attendant le jour du prononcé du jugement au fond. La participation à titre provisoire doit être liquidée à partir du jour où la mesure provisoire a été prise.

Section 10. — Recours

Art. 34. Toute personne souhaitant former un recours à l'encontre d'une personne morale ou physique chargée de mettre en oeuvre des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, l'introduit par écrit auprès du directeur de la personne morale ou auprès de la personne physique elle-même. Si la médiation entreprise à l'initiative de la personne à l'encontre de laquelle le recours est formé n'aboutit pas, les parties peuvent, séparément ou ensemble, saisir du recours l'organe institué par le Gouvernement. Tant l'auteur du recours que la personne à l'encontre de laquelle il est formé sont entendus sur le fond de l'affaire.

Les recours ainsi que leurs effets sont inscrits dans un registre constitué à cette fin et que le Gouvernement peut consulter.

Le Gouvernement fixe les conditions et la procédure de recours contre les services du Ministère actifs dans les secteurs de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse.

Section 11. — Dispositions pénales

Art. 35. Toute personne physique ou morale qui, dans le cadre de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, accueille ou accompagne régulièrement des jeunes sans posséder l'agrément accordée conformément à l'article 22 ou dont l'agrément a été suspendue ou retirée, est passible d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de 25 à 5.000 EUR ou de l'une de ces peines seulement.

Ces peines peuvent être doublées en cas de récidive dans les cinq ans suivant la décision judiciaire définitive portant condamnation du chef de l'une des infractions susmentionnées.

Art. 36. Les personnes chargées de l'éducation qui se soustraient à des mesures prises à leur encontre ou ne coopèrent manifestement pas à leur mise en oeuvre sont passibles d'une amende de 25 à 500 EUR.

CHAPITRE V. — Dispositions finales

Art. 37. Le décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse, modifié par les décrets des 4 mars 1996, 20 mai 1997, 23 octobre 2000, 3 février 2003, 1^{er} mars 2004 et 25 juin 2007, est abrogé.

Art. 38. Sans préjudice de contrats de gestion ou de conventions conclus, l'agrément ou autorisation accordée en application des articles 32 ou 37 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse reste, lors de l'entrée en vigueur du présent décret, valable jusqu'au 31 décembre 2009. Au terme de cette phase transitoire, les personnes concernées doivent solliciter une agrément ou autorisation conformément à l'article 22 ou 29 selon le cas.

Les articles 39 à 41 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse restent applicables à toutes les affaires pendantes devant le tribunal de la jeunesse au jour de l'entrée en vigueur du présent décret, et ce jusqu'à leur conclusion.

Art. 39. Le Gouvernement fixe la date d'entrée en vigueur du présent décret. A défaut d'arrêté fixant cette date, le décret entrera en vigueur au plus tard le 1^{er} janvier 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 19 mai 2008.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

Le Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments,
de la Jeunesse et des Sports,
I. WEYKMANS

Note

(1) *Session 2007-2008.*

Documents parlementaires. — 120 - N° 1 : Projet de décret. — 120 - N°s 2-3 : Propositions de modification. — 120 - N° 4 : Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 19 mai 2008.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 3425

[C — 2008/33076]

**19 MEI 2008. — Decreet over de Jeugdbijstand
en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen**Afdeling 1. — Begripsbepalingen*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° jongere : elke persoon onder 18 jaar of degene onder 21 jaar aan wie een hulpverlening in het kader van de jeugdbijstand werd toegekend of een maatregel inzake jeugdbescherming werd opgelegd vóór het bereiken van de leeftijd van 18 jaar;

2° familie : de personen die een verwantschapsband met de jongere hebben, alsook de voogd en provoogd;

3° leefgenoten : de personen die de omgeving van de jongere vormen, zonder dat er een verwantschapsband moet bestaan;

4° persoon belast met de opvoeding : de persoon die krachtens de wet of een rechterlijke beslissing het ouderlijk gezag over de jongere uitoefent;

5° jeugdbijstand : de gespecialiseerde opvoedingshulp die, in het kader van dit decreet, aan de jongere en/of zijn leefgenoten wordt verleend ten einde de in lid 2 bepaalde doelstelling te bereiken;

6° vrijwillige jeugdbijstand : de individuele hulpmaatregel die de dienst voor jeugdbijstand uitwerkt in overleg met de betrokkenen;

7° gerechtelijke jeugdbijstand : de maatregel opgelegd door de jeugdrechtbank of de jeugdrechter in het kader van de jeugdbijstand of van de jeugdbescherming;

8° jeugdbescherming : de maatregelen die ten aanzien van jongeren en de personen belast met hun opvoeding worden genomen met toepassing van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade;

9° Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

10° Afdeling : de afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake jeugdbijstand.

De jeugdbijstand zoals bedoeld in lid 1, 5°, heeft tot doel de familie als basiseenheid van de maatschappij en als natuurlijke omgeving voor de ontwikkeling van al haar leden te ondersteunen. Ze biedt de jongere en zijn leefgenoten bescherming en bijstand om zijn zin voor verantwoordelijkheid aan te scherpen alsmede zijn sociale en desgevallend beroepsintegratie te vergemakkelijken. Jeugdbijstand moet de jongere in staat stellen een menswaardig, aan zijn leeftijd aangepast leven te leiden en zijn ontwikkeling zoveel mogelijk bevorderen.

Afdeling 2. — Toepassingsgebied

Art. 2. Dit decreet is van toepassing op :

1° elke jongere wiens lichamelijke en/of fysische integriteit, wiens affectieve, morele of sociale ontwikkeling of wiens opvoeding bedreigd zijn door zijn eigen gedrag, hetgene van de personen belast met zijn opvoeding of van derden, door zijn levensomstandigheden, door relationele conflicten of door bijzondere gebeurtenissen;

2° elke jongere die een als misdrijf omschreven feit heeft gepleegd, op voorwaarde dat het in voorliggend decreet wordt bepaald;

3° elke persoon belast met de opvoeding die bij de opvoeding van een kind aanzienlijke moeilijkheden ondervindt, zodat een opvoeding in het belang van de jongere niet meer kan worden gewaarborgd en dat het optreden van de jeugdbijstand voor de ontwikkeling van de jongere geschikt, zelfs noodzakelijk blijkt;

4° alle natuurlijke of rechtspersonen die in om het even welke hoedanigheid hun medewerking verlenen aan de uitvoering van maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming.

De in lid 1, 1°, vermelde bedreiging van de jongere kan voortvloeien uit een verwaarlozing van de jongere en/of het falen van de personen belast met de opvoeding dat niet te wijten is aan hun schuld en/of uit het gedrag van derden. De bedreiging van de jongere kan opgespoord worden als schendingen van de grondrechten van de jongere worden vastgesteld.

Afdeling 3. — Kwaliteitshandboek

Art. 3. De diensten voor jeugdbijstand en jeugdbescherming van het Ministerie beschikken over een kwaliteitshandboek dat door de hiërarchische meerdere van elke dienst opgemaakt wordt, waarbij de betrokken medewerkers ingeschakeld worden.

Met inachtneming van de bepalingen van dit decreet omvat dit handboek ten minste volgende gegevens :

1° de handelwijze van de dienst, van de ontvangst van een aanvraag/opdracht tot het afsluiten van een dossier;

2° de na te leven criteria om de kwaliteit te waarborgen;

3° de oriëntatie van de dienst;

4° de deontologische richtlijnen.

Het handboek wordt om de twee jaar aan de ontwikkelingen aangepast.

Afdeling 4. — Rechten van de jongere en van de personen belast met de opvoeding

Art. 4. § 1. Iedere jongere en iedere persoon belast met de opvoeding heeft, ongeacht afkomst, geslacht, nationaliteit, godsdienstige, filosofische en politieke opvattingen, recht op de hulp georganiseerd in het kader van dit decreet.

Om geen andere reden dan de gebrekkige materiële of territoriale bevoegdheid mag een hulpaanvraag worden geweigerd.

§ 2. Met toepassing van dit decreet mogen de bevoegde overheden een jongere van zijn ouders niet scheiden, behalve in zijn belang, in gerechtigde gevallen en in het kader van een voor beroep vatbare beslissing genomen overeenkomstig de toepasselijke wetgevingen.

De scheiding is slechts gerechtvaardigd, als de ouders niet bereid of niet in staat zijn, alleen of met een ambulante hulpverlening, voor de integriteit of ontwikkeling van de jongere te zorgen. Is het noodzakelijk jongeren van maximaal 7 jaar op lange termijn te plaatsen, dan geschiedt het zo mogelijk in een pleeggezin.

Afdeling 5. — Begeleidingscomité voor jeugdbijstand

Art. 5. § 1. In de Duitstalige Gemeenschap wordt een begeleidingscomité voor jeugdbijstand opgericht, hierna begeleidingscomité genoemd, dat overeenkomstig navolgende bepalingen belast wordt met de planning van de jeugdbijstand en met de preventie.

De Regering bepaalt de samenstelling en de organisatie van het begeleidingscomité door ervoor te zorgen dat ten minste volgende instellingen, diensten en organisaties als volgt worden vertegenwoordigd :

1° de dienst voor jeugdbijstand en de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand, door een gemeenschappelijke vertegenwoordiger;

2° de Dienst voor Kind en Gezin ("Dienst für Kind und Familie"), door een vertegenwoordiger;

3° de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, door een gemeenschappelijke vertegenwoordiger;

4° het sociaal-psychologisch centrum, door een vertegenwoordiger;

5° de psycho-medisch-sociale centra, door een gemeenschappelijke vertegenwoordiger;

6° het centrum "Mozaïek" (centrum voor de socio-pedagogische begeleiding van kinderen en jongeren), door een vertegenwoordiger;

7° de organisatie "Oikos", door een vertegenwoordiger;

8° de dienst voor pleeggezinnen ("Pflegefamiliendienst"), door een vertegenwoordiger.

De Regering wijst de leden aan op de voordracht van de belanghebbende instellingen, diensten en organisaties. Voor elk lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen. De leden worden voor vier jaar aangewezen. Het mandaat is hernieuwbaar.

Het begeleidingscomité staat onder de leiding van een door de Regering aangewezen vakman.

De Regering legt de modaliteiten vast waaronder reiskostenvergoedingen en presentiegeld aan zijn leden worden toegekend.

§ 2. Het begeleidingscomité heeft als opdrachten :

1° om de twee jaar een forum met het oog op de planificatie en preventie van de jeugdbijstand te organiseren dat ten laatste op 30 mei plaats zal vinden en waaraan alle actoren van de jeugdbijstand en van de andere betrokken sectoren zullen deelnemen;

2° het behoefte aan hulpverlening voortdurend te evalueren, rekening houdend met enerzijds de behoeften en belangen van de jongeren en van de personen belast met de opvoeding, en anderzijds de omstandigheden te analyseren die vereist zijn om het behoefte te kunnen dekken, zodat zelfs een onvoorziene behoefte ook kan worden gedekt.

3° initiatieven te bevorderen die aan het vastgestelde behoefte beantwoorden;

4° de opportuniteit van de geplande initiatieven qua efficiëntie te onderzoeken;

5° de omzetbaarheid van preventie maatregelen en de verenigbaarheid ervan met de in artikel 7 vastgelegde krachtlijnen te toetsen en die maatregelen regelmatig te evalueren.

De Regering kan het begeleidingscomité met andere opdrachten belasten dan die vermeld onder het eerste lid.

Afdeling 6. — Preventie

Art. 6. Preventiewerk in het kader van de jeugdbijstand moet in samenwerking met andere sectoren worden verricht die een invloed op het leefmilieu van de jongere kunnen hebben, zoals het onderwijs, de gezondheids promotie en de jongerenwerking.

Overeenkomstig artikel 5, § 2, lid 1, 5°, zorgt het begeleidingscomité ervoor dat volgende kwaliteitskenmerken

1° een beschrijving van de uitgangssituatie;

2° een precieze definitie van de doeleinden;

3° de afstemming van doeleinde en methode;

4° de duurzame werking van de maatregel;

6° een documentatie;

7° een evaluatieconcept,

bij de toetsing en evaluatie van de preventie maatregelen worden nageleefd.

De organisaties en diensten van de jeugdbijstand alsmede de actoren in de andere sectoren vermeld in het eerste lid moeten bij de planning en uitvoering van nieuwe preventie maatregelen worden meebetrokken. Personen die reeds bij de jeugdbijstand betrokken zijn geweest, moeten eveneens bij de planning en uitvoering worden ingeschakeld, voor zover ze ertoe bereid zijn.

De Regering legt de voorwaarden vast m.b.t. de financiering van preventie maatregelen die door het begeleidingscomité met toepassing van artikel 5 worden uitgevoerd.

Afdeling 7. — Krachtlijnen op het gebied van de jeugdbijstand

Art. 7. Met inachtneming van de resultaten van het in artikel 5, § 2, lid 1, 1°, bedoelde forum over de jeugdbijstand legt de Regering om de twee jaar de krachtlijnen van de jeugdbijstand vast op de voordracht van het in artikel 5, § 1, bedoelde begeleidingscomité.

HOOFDSTUK II. — *Vrijwillige Jeugdbijstand**Afdeling 1. — Dienst voor jeugdbijstand*

Art. 8. § 1. In het kader van de vrijwillige jeugdbijstand wordt bij de Afdeling een dienst voor jeugdbijstand (Jugendhilfedienst) opgericht.

De Regering kan aan natuurlijke of rechtspersonen bepaalde opdrachten van de dienst voor jeugdbijstand toevertrouwen. De bepalingen van dit hoofdstuk over de kwalificaties en de andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst moet voldoen alsmede die over de procedure zijn toepasselijk op deze personen.

§ 2. Met inachtneming van dit decreet legt de Regering de kwalificaties en andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst voor jeugdbijstand moet voldoen alsmede de organisatie, de opdrachten en de werkwijze van deze dienst vast.

§ 3. De dienst voor jeugdbijstand kan worden gecontacteerd door elke belanghebbende jongere, persoon belast met de opvoeding, organisatie, overheid alsmede door elke geïnteresseerde derde. De aanvrager geeft inlichtingen over het probleem, de al ondernomen stappen en de aard van de bedreiging.

Art. 9. Wanneer de dienst voor jeugdbijstand met toepassing van dit decreet een familie naast andere diensten en organisaties begeleidt, neemt hij de coördinatie waar. Hij legt, in het kader van de gemeenschappelijk bepaalde doelstelling en na analyse, de opdrachten van alle optredenden in overleg met hen vast, centraliseert de inlichtingen m.b.t. de genomen maatregelen en controleert de uitvoering van de vastgelegde opdrachten.

Art. 10. Onverminderd de administratieve samenwerking op verzoek van een andere overheid is de dienst voor jeugdbijstand bevoegd voor de aanvragen ingediend met toepassing van artikel 2, voor zover de woonplaats van de bedreigde jongere zich in het Duitse taalgebied bevindt. Heeft de jongere geen woonplaats, is de dienst voor jeugdbijstand toch bevoegd, op voorwaarde dat de plaats waar de jongere wordt opgevoed en waar in zijn behoeften wordt voorzien zich in het Duitse taalgebied bevindt. Kan geen dezer beide lokalisatiecriteria worden toegepast, dan is de verblijfsplaats van de jongere doorslaggevend om de territoriale bevoegdheid van de dienst voor jeugdbijstand te bepalen.

Is de dienst voor jeugdbijstand wegens een woonplaatsverandering van de jongere territoriaal niet meer bevoegd, dan deelt hij de noodzakelijke informatie mede aan de overheid die voortaan bevoegd is. In overleg met deze overheid kan de dienst voor jeugdbijstand de jongere verder begeleiden tijdens een overgangperiode van ten hoogste 6 maanden.

Art. 11. Met het oog op de uitvoering van de hulpbijstandsovereenkomst vermeld in artikel 13 levert de dienst voor jeugdbijstand alle nuttige inlichtingen over de jongere en zijn leefgenoten aan de belaste organisatie.

Afdeling 2. — Medewerking van de jongere en van de personen belast met de opvoeding

Art. 12. Met inachtneming van de procedure bepaald in artikel 13 mag een maatregel inzake vrijwillige jeugdbijstand slechts worden besloten na de betrokken personen te hebben gehoord en mits hun akkoord.

Elke jongere die gehoord wordt, kan zich door een persoon naar eigen keuze laten begeleiden. Op zijn verzoek of op grond van een beslissing genomen in zijn belang door de dienst voor jeugdbijstand kan de jongere zonder de aanwezigheid van de persoon belast met zijn opvoeding worden gehoord.

Elke beslissing over een maatregel inzake vrijwillige jeugdbijstand moet schriftelijk worden medegedeeld aan de jongere die de volle leeftijd van 12 jaar bereikt heeft - zover hij direct door de maatregel betrokken is, alsmede aan de persoon belast met zijn opvoeding.

Art. 13. § 1. Om de vrijwillige jeugdbijstand te organiseren, voert de dienst voor jeugdbijstand een gesprek met de personen belast met de opvoeding, de jongere die de vereiste rijpheid bezit en de in § 4 vermelde organisaties. Tijdens dit gesprek worden de behoeften, de nodige prestaties, de duur van de hulpverlening en de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding besproken.

§ 2. Het consensueel resultaat van het planificatiegesprek wordt in een hulpverleningsovereenkomst opgenomen. Bovendien verwijst deze overeenkomst naar de regels van artikel 30 betreffende de gegevensbescherming en het beroepsgeheim alsmede naar de beroepsmogelijkheid geopend bij artikel 34.

§ 3. Deze overeenkomst wordt ondertekend door de dienst voor jeugdbijstand, de diensten, organisaties en personen belast met de uitvoering van het hulpverleningsprogramma alsmede door de personen belast met de opvoeding en de jongere die de vereiste rijpheid bezit.

Zijn er meerdere personen belast met de opvoeding, is de ondertekening van de overeenkomst door één dezer personen voldoende, wanneer :

1° het voor de andere persoon belast met de opvoeding niet mogelijk is te ondertekenen omdat haar gezondheidstoestand in het gedrang komt of zijn woonplaats onbekend is;

2° de andere persoon een duidelijk gebrek aan belangstelling voor de jongere toont;

3° de jongere ernstig bedreigd is en de andere persoon belast met de opvoeding haar toestemming a posteriori geeft.

Met inachtneming van de in het kwaliteitshandboek opgenomen vereisten beslist de dienst voor jeugdbijstand of de voorwaarden al dan niet vervuld zijn voor de ondertekening door één enkele persoon. Zo ja moet de dienst dit schriftelijk met redenen omkleeden en dit bescheid bij het dossier voegen.

Desgevallend kan de overeenkomst eveneens door de persoon van het huishouden met wie de ouder samenleeft ondertekend worden, voor zover ze door de planning betrokken is.

§ 4. Voor de omzetting van het hulpprogramma steunt zich de dienst voor jeugdbijstand, onverminderd artikel 29, op organisaties gevestigd in de Duitstalige Gemeenschap. Hij levert hen alle nuttige inlichtingen over de jongere en zijn leefgenoten.

Art. 14. De dienst voor jeugdbijstand gaat regelmatig met de betrokkenen na of het hulpprogramma nog steeds geschikt en noodzakelijk is.

HOOFDSTUK III. — *Gerechtelijke Jeugdbijstand*

Afdeling 1. — Dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand

Art. 15. § 1. In het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand wordt een dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand (Jugendgerichtsdienst) opgericht.

Met inachtneming van dit decreet legt de Regering de kwalificaties en andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand moet voldoen alsmede de organisatie, de opdrachten en de werkwijze van deze dienst vast.

§ 2. In het kader van de jeugdbijstand of van de jeugdbescherming belast de jeugdrechter, de jeugdrechtbank of de procureur des Konings de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand met het opmaken van sociale verslagen en adviezen. De dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand zorgt voor de omzetting van de door de jeugdrechtbank of jeugdrechter opgelegde maatregelen en kan te dien einde een contract afsluiten met de natuurlijke of rechtspersoon belast met de omzetting van de maatregel.

§ 3. De Regering kan aan natuurlijke of rechtspersonen opdrachten van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand toevertrouwen. De bepalingen van dit hoofdstuk over de kwalificaties en de andere beroepsvereisten waaraan het personeel moet voldoen alsmede die over de procedure zijn toepasselijk op deze personen.

§ 4. Onverminderd de administratieve samenwerking op verzoek van een andere overheid stemt de territoriale bevoegdheid van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand overeen met degene van de jeugdrechtbank.

§ 5. Wanneer de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand met toepassing van dit decreet een familie naast andere diensten en organisaties begeleidt, neemt hij de coördinatie waar. Hij legt, in het kader van de gemeenschappelijk bepaalde doelstelling en na analyse, de opdrachten van alle optredenden in overleg met hen vast, centraliseert de inlichtingen m.b.t. de genomen maatregelen en controleert de uitvoering van de vastgelegde opdrachten.

Afdeling 2. — Optreden van de gerechtelijke instanties

Art. 16. § 1. Bij geschil tussen de betrokkene en de dienst voor jeugdbijstand die hen verhindert samen te werken of tot een eenzijdige afwijzing van de opvoedingsmaatregel kan leiden, of in geval van afwijzing van een hulpaanvraag treedt de door de Regering aangewezen erkende bemiddelaar op, op verzoek van de persoon belast met de opvoeding, van de jongere of van de dienst voor jeugdbijstand. Lukt de bemiddeling niet, zendt de dienst voor jeugdbijstand het dossier aan de procureur des Konings toe, als hij steeds van mening is dat de jongere bedreigd is.

Deelt de procureur des Konings de mening van de dienst voor jeugdbijstand, wat het bestaan van een bedreiging voor de jongere betreft, dan maakt hij het dossier aanhangig bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank. In dit geval kan de jeugdrechtbank of jeugdrechter een maatregel in het belang van de jongere bevelen tegen de wil van de betrokkene.

Deelt de procureur des Konings niet de mening van de dienst voor jeugdbijstand, wat het bestaan van een bedreiging voor de jongere betreft, dan wordt het dossier afgesloten.

§ 2. In het kader van de vrijwillige jeugdbijstand kan de dienst voor jeugdbijstand een dossier rechtstreeks bij de jeugdrechter of de jeugdrechtbank aanhangig maken indien in het kader van een planninggesprek zoals bedoeld in artikel 13 blijkt dat één of meerdere maatregelen in het belang van de jongere geschikt zijn, dit zelfs zonder de toestemming van de betrokkene.

Met uitzondering van de oudertraining waarin artikel 17, § 1, 2°, voorziet en waarvoor een bepaalde duur kan worden vastgelegd, mogen de in het eerste lid opgelegde maatregelen één jaar niet overschrijden.

De dienst voor jeugdbijstand blijft in dit geval met het dossier belast.

§ 3. Op direct verzoek van de procureur des Konings kan de jeugdrechter, in afwijking van § 1, voorlopig en voor maximaal 30 dagen, een in artikel 17 vermelde maatregel opleggen, als de belangen van de jongere dreigen in het gedrang te komen. Na het verstrijken van deze termijn wordt het dossier verder behandeld in het kader van de vrijwillige jeugdbijstand.

In afwijking van § 1 kan bovendien een jeugdzaak rechtstreeks door de procureur des Konings bij de jeugdrechtbank of de jeugdrechter aanhangig worden gemaakt, als

1° een meerderjarige verdacht wordt een als misdrijf omschreven feit tegen een jongere te hebben gepleegd en een maatregel tot bescherming van deze jongere noodzakelijk blijkt;

2° op grond van dit decreet een dossier al bij de jeugdrechtbank aanhangig is en de procureur des Konings een maatregel voor dezelfde of een andere jongere behorend tot dezelfde familie noodzakelijk acht;

3° een maatregel genomen t.a.v. een jongere sinds minder dan één jaar is beëindigd en een maatregel opnieuw voor hem noodzakelijk blijkt.

§ 4. Als er gevaar dreigt kan de procureur des Konings zelf een in artikel 17 vermelde voorlopige maatregel opleggen; zij verliest echter haar effect na zeven dagen, als ze niet binnen deze termijn door de jeugdrechter of jeugdrechtbank bekrachtigd wordt.

Art. 17. § 1. In het kader van de jeugdbijstand kan de jeugdrechter of de jeugdrechtbank op grond van het voorhanden aanbod en met inachtneming van de onder artikel 20 vastgelegde doeleinden, één of meerdere van de volgende maatregelen bevelen :

1° de jongere, de personen belast met zijn opvoeding en/of over hem het hoederecht uitoefenen, voor ten hoogste twee jaar, een pedagogische of therapeutische begeleiding opleggen, als het noodzakelijk is voor het welzijn van de jongere;

2° de personen belast met de opvoeding de deelneming aan een oudertraining opleggen, als het noodzakelijk is voor het welzijn van de jongere; deze training houdt m.n. in :

a) de aanmoediging van de personen belast met de opvoeding zich een ander opvoedingspatroon eigen te maken en hun inspanningen in deze zin voort te zetten;

b) het voeren van gesprekken, het gebruik van symbolen et rolspelen om de gevoelswereld en de relationele wereld van de mens en de moeilijkheden bij de opvoeding van de jongere te illustreren;

c) te bevragen naar de waarneming van de rollen door de deelnemer en zijn zelfbegrip;

d) de individuele- en/of collectieve organisatie naargelang van de behoeften.

3° de jongere en de personen belast met zijn opvoeding voor ten hoogste twee jaar een familiale begeleiding door een organisatie opleggen;

4° de jongere, eventueel samen met de personen belast met zijn opvoeding, voor ten hoogste twee jaar aan een project i.v.m. de jeugdbijstand toevertrouwen, als het noodzakelijk is voor het welzijn van de jongere; dit project dient in één der hulpvormen omschreven in artikel 20 te passen;

5° de jongere voor ten hoogste twee jaar onder het toezicht van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand plaatsen;

6° de jongere voor ten hoogste twee jaar aan een intensieve opvoedingsbegeleiding en aan een individuele begeleiding door een referentieopvoeder of een individuele intensieve sociopedagogische begeleiding onderwerpen;

7° de jongere die de volle leeftijd van 12 jaar heeft bereikt voor ten hoogste zes maanden bij zijn leefgenoten laten leven onder één of meerdere van de volgende voorwaarden :

- a) regelmatig schoolbezoek;
- b) een opleiding volgen;
- c) aan één of meerdere valoriserende culturele, sportieve of sociale activiteiten deelnemen;
- d) andere door de rechtbank opgelegde verplichtingen of verboden naleven.

De dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand is ermee belast te controleren of de verplichtingen nageleefd worden. Wordt één der verplichtingen of verboden opgelegd door de jeugdrechter niet nageleefd, dan informeert de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand onmiddellijk de jeugdrechter ervan. Deze kan dan de maatregel aanpassen op de voordracht van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand;

8° de jongere voor ten hoogste zes maanden een opvoedingsprogramma opleggen; dit programma heeft tot doel zijn opvoeding te ondersteunen, zijn zin voor verantwoordelijkheid aan te scherpen alsmede zijn sociale en, desgevallend, beroepsintegratie mogelijk te maken;

9° de jongere die de volle leeftijd van 16 jaar heeft bereikt onder regelmatig toezicht zelfstandig laten wonen;

10° de jongere onder de begeleiding stellen van een erkend onthaal- en oriëntatiecentrum;

11° de jongere voor ten hoogste drie maanden onder de begeleiding stellen van een observatiecentrum of, voor dezelfde duur, ter observatie stellen in een psychiatrische instelling of in een psychiatrische afdeling van een ziekenhuis;

12° de plaatsing in pleeggezinnen overeenkomstig artikel 20, § 1, 3°, opleggen;

13° de jongere voor ten hoogste twee jaar een residentiële begeleiding in een geschikte open instelling opleggen of voor ten hoogste één schooljaar aan een internaat toevertrouwen;

14 de jongere die de volle leeftijd van 14 jaar heeft bereikt, voor een residentiële begeleiding aan een gesloten instelling toevertrouwen;

15° de jongere voor ten hoogste twee jaar slechts aan één der personen belast met zijn opvoeding toevertrouwen.

De Regering bepaalt de kadervoorwaarden voor de uitvoering van de in de onderhavige paragraaf vermelde maatregelen.

§ 2. De jeugdrechtbank kan de in § 1 van dit artikel vastgelegde maatregelen te allen tijde opheffen, hetzij van rechtswege, hetzij op verzoek van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand, de procureur des Konings of, via de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand, van de betrokken ouders, van de betrokken jongere of van de betrokken begeleidingsdienst, of door een andere in § 1 bepaalde maatregel vervangen. Meerdere maatregelen kunnen tegelijk worden genomen.

De in § 1 opgesomde maatregelen eindigen na het verstrijken van de vastgestelde termijn. Zo nodig kan een maatregel voor dezelfde duur worden verlengd.

Art. 18. De in artikel 17 opgesomde maatregelen worden door de diensten van het Ministerie of de in artikel 22 vermelde organisaties uitgevoerd in opdracht van de jeugdrechter of van de jeugdrechtbank, op voorstel van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand.

In gerechtvaardigde uitzonderlijke gevallen kan een door de bevoegde overheden erkende natuurlijke of rechtspersoon gevestigd buiten het Duitse taalgebied door de jeugdrechtbank, de jeugdrechter of de dienst voor jeugdbijstand ermee belast worden maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming uit te voeren, waarbij de plaatsing in een andere gemeenschap de afsluiting van een desbetreffend samenwerkingsakkoord en de plaatsing in het buitenland de instemming van de natuurlijke en/of rechtspersoon vereist.

Art. 19. In de gevallen vermeld in artikel 16, §§ 1 en 2 en § 3, lid 2, kan de jeugdrechter vóór de rechtspleging ten gronde, de in artikel 17 opgesomde maatregelen als voorlopige maatregelen opleggen. De totale duur van alle voorlopige maatregelen samen wordt beperkt tot twaalf maanden.

HOOFDSTUK IV. — *Gemeenschappelijke Bepalingen*

Afdeling 1. — Doeleinden van de maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming

Art. 20. § 1. Worden maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming toegekend of bevolen die in één der volgende begeleidingsvormen gerangschikt kunnen worden, dan dienen de in dit artikel gedefinieerde doeleinden in aanmerking te worden genomen :

1° Ambulante begeleiding :

De ambulante begeleiding wordt aangeboden als socio-pedagogische, psychologische of therapeutische begeleiding van een zelfstandig wonende jongere of als socio-pedagogische omkadering van de leefgenoten.

Door de sociale omgeving zoveel mogelijk erbij te betrekken dient de socio-pedagogische begeleiding de jongere te ondersteunen bij het beheren van problemen i.v.m. alledaagse taken en van ontwikkelingsproblemen en zijn zelfstandigheid te bevorderen door het behouden van de vitale banden met zijn leefgenoten.

Binnen een met het oog op de ontwikkeling van de jongere acceptabele termijn moeten de voorwaarden m.b.t. de opvoeding door zijn leefgenoten zodanig verbeterd worden dat het verblijf bij zijn leefgenoten mogelijk is dankzij raadgevingen en ondersteuning. Wordt geen duurzame verbetering van de opvoedingsvoorwaarden binnen deze termijn bereikt, dan moet met de betrokken personen aan een ander levensperspectief worden gewerkt dat het belang van de jongere dient en op lange termijn gericht is.

2° Individuele intensieve socio-pedagogische of therapeutische begeleiding :

De individuele intensieve socio-pedagogische of therapeutische begeleiding moet de jongere worden aangeboden die een intensieve ondersteuning nodig heeft om zich maatschappelijk te integreren en om zijn leven eigenverantwoordelijk te leiden. Deze hulp wordt in het algemeen op lange termijn aangeboden en kan zowel residentieel als ambulantly uitgevoerd worden;

3° Plaatsing in pleeggezinnen :

De plaatsing in pleeggezinnen geschiedt in het kader van een crisisgezin, een pleeggezin of een peetgezin. Met deze opvangsvorm wordt de jongere bij andere leefgenoten voor een beperkte duur een opvoedingshulp of een andere, op de lange termijn gerichte levensvorm aangeboden. De leeftijd en het ontwikkelingsniveau van de jongere, zijn persoonlijke banden en de mogelijkheden tot verbetering van de opvoedingsvoorwaarden in zijn gezin worden hier in aanmerking genomen.

De rechten en plichten van de crisisgezinnen, pleeggezinnen of peetgezinnen en van de dienst voor pleeggezinnen worden in een contract vastgelegd. De Regering bepaalt het kader voor de afsluiting van het contract en houdt daarbij rekening met de volgende aspecten :

a) in een crisisgezin wordt een voltijdse zorg voor een bepaalde duur verleend door leefgenoten van de jongere of door opgeleide, uitgekozen pleegouders van buitenaf opdat het gezin samen met de vakmannen aan een wijziging van de opleidingsvoorwaarden werkt met het oog op de terugkeer van de jongere in zijn gezin.

b) in een pleeggezin wordt een zorg op lange termijn verleend door de leefgenoten van de jongere of door opgeleide, uitgekozen buitenstaande pleegouders, met als doel de jongere een veilige levensruimte te verschaffen;

c) binnen een peetgezin zijn de peters betrouwbare referentiepersonen voor de jongere, personen die hem tijdelijk in een continu een plaats, een onderdak en ruimte geven, met als doel hem in zijn gezin te laten leven of, voor een overgangperiode, de residentiële begeleiding te vergemakkelijken.

4° Residentiële begeleiding :

De opvoedingshulp over dag en nacht in een instelling of in een vorm van serviceflat moet de jongere in zijn ontwikkeling ondersteunen door het alledaagse leven in een pedagogisch-therapeutische kader en therapeutische aanbiedingen te combineren.

Naargelang de leeftijd, het ontwikkelingsniveau van de jongere en de mogelijkheden tot verbetering van de opvoedingsvoorwaarden bij zijn leefgenoten moet de residentiële begeleiding

a) tot een mogelijke terugkeer in het gezin leiden of

b) de plaatsing in pleeggezinnen voorbereiden of

c) een op de lange termijn gerichte levensvorm bieden en op een zelfstandig leven voorbereiden.

In het kader van deze jeugdhulpvorm moeten de jongeren intensief geadviseerd en ondersteund worden in hun opleiding, in de ontwikkeling van hun sociale competenties alsmede in hun algemene leefwijze.

§ 2. Onverminderd de bovengenoemde specifieke doeleinden van de verschillende maatregelen inzake jeugdbijstand hebben in het kader van dit artikel gemachtigde personen als opdracht de opvoeding, opleiding en beroepsintegratie van de jongere te ondersteunen.

Afdeling 2. — Voortgezette hulpverlening na meerderjarigheid

Art. 21. § 1. Aan jongeren die vóór het bereiken van de leeftijd van 18 jaar zijn getroffen door een opvoedende maatregel georganiseerd door de dienst voor jeugdbijstand of opgelegd door de jeugdrechtbank kan een verlenging van de maatregel tot de leeftijd van 21 jaar toegekend worden. De Regering kan de leeftijdsgrens verhogen.

De verlenging dient ertoe meerderjarige jongeren tijdens een overgangperiode erin te helpen hun persoonlijke ontwikkeling te bevorderen en hun leven eigenverantwoordelijk te leiden.

§ 2. Te dien einde richt de jongere een schriftelijk verzoek aan de Afdeling. Deze wint het advies in van de instantie die de maatregel heeft besloten en van de organisatie belast met de uitvoering ervan. In zijn verzoek vermeldt de jongere de redenen waarom hij om een verlenging verzoekt en de gewenste duur. De Regering beslist over de toekenning van de verlenging op grond van het advies uitgebracht door de Afdeling.

Het verzoek om verlenging van de maatregel moet ten laatste één maand vóór het bereiken van de 18 jarige leeftijd of één maand vóór het verstrijken van een reeds besloten verlenging worden ingediend.

Op met redenen omkleed verzoek kan een verlenging hernieuwd worden, mag echter in geen geval de in § 1 vastgelegde leeftijdsgrens overschrijden.

De Regering kan aan de toekenning van de verlenging verplichtingen verbinden die door de jongere moeten worden nageleefd.

Bij toekenning van de verlenging neemt het Ministerie de kosten m.b.t. de maatregel te zijner laste zoals vóór de verlenging. Voor zelfstandig wonende jongeren worden slechts de begeleidingskosten ten laste genomen, niet de kosten van levensonderhoud.

Tijdens de verlenging blijft de dienst voor jeugdbijstand resp. de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand bevoegd om de maatregel regelmatig te evalueren.

§ 3. Door mededeling aan de Afdeling van het Ministerie kan de jongere ouder dan 18 jaar te allen tijde de verlenging vroegtijdig beëindigen. De Regering kan de toelating intrekken als de jongere de daaraan verbonden verplichtingen niet nakomt.

§ 4. Tijdens de verlenging kan de jongere om een aanpassing van de maatregel verzoeken. Te dien einde dient hij een met redenen omkleed schriftelijk verzoek in bij de Afdeling. De Regering beslist over dit verzoek overeenkomstig de in § 2 bepaalde procedure.

Afdeling 3. — Erkenning en subsidiëring

Art. 22. § 1. Elke natuurlijke of rechtspersoon die in het kader van de jeugdbijstand of jeugdbescherming regelmatig jongeren opvangt of begeleidt, moet te dien einde door de Regering erkend zijn. De diensten van het Ministerie die in het kader van de jeugdbijstand of jeugdbescherming worden opgericht, worden geacht erkend te zijn met toepassing van dit artikel.

Om erkend te worden, moet de aanvrager werkzaam zijn op het gebied van de jeugdbijstand of -bescherming, doeleinden van openbaar nut nastreven en kunnen bewijzen dat hij de beroeps- en personeelsvoorwaarden vervult om op significante wijze bij te dragen tot de dekking der behoeften van deze sector.

Te dien einde legt de Regering de erkenningsvoorwaarden vast die o.a. betrekking hebben tot :

1° de aard, het doel en de kwaliteit van de aangeboden diensten;

2° de personenkring die in de organisatie, in de dienst of door de natuurlijke persoon te begeleiden is;

3° het aantal personeelsleden en hun kwalificaties;

4° de installaties en voorwaarden die voor de werking van de organisatie noodzakelijk zijn;

5° de verzorging, het onderwijs, de beroepsopleiding en het opvoedingssysteem van de jongeren;

6° de financiering van de aangeboden diensten;

7° de erkende wetenschappelijke basis van de toegepaste werkmethoden;

8° de moraliteit van het personeel van de gemachtigde rechtspersoon of natuurlijke persoon alsmede de strafrechtelijke verantwoordelijkheid van de rechtspersoon.

De in lid 3, 3°, 4° en 6°, vermelde voorwaarden zijn niet toepasselijk op natuurlijke personen.

De Regering kan het aantal erkende inrichtende machten beperken. Om deze inrichtende machten te kiezen, houdt de Regering in het bijzonder rekening met de datum van het verzoek, de ervaring en vakkennis op het gebied van de jeugdbijstand alsmede de voor de jeugdbijstand vereiste taalkennis.

§ 2. De Regering kan een beheerscontract met een organisatie afsluiten waarin de opdrachten van de organisatie met inachtneming van dit decreet worden vastgelegd. Bij de afsluiting van een beheerscontract geldt de organisatie van rechtswege als erkend voor de duur ervan, die zes jaar niet mag overschrijden.

§ 3. De erkenning wordt voor zes jaar verleend en mag telkens ten hoogste voor dezelfde duur worden verlengd.

De Regering legt de procedure voor de erkenning, de schorsing en intrekking ervan vast.

Art. 23. Wanneer één of meerdere voor de erkenning opgelegde voorwaarden niet meer vervuld zijn, wordt de betrokken natuurlijke of rechtspersoon een termijn van ten hoogste zes maanden toegekend om zich in orde te stellen.

Zijn de voorwaarden na het verstrijken van deze termijn niet vervuld, dan kan de Regering onder de door haar vastgelegde voorwaarden en na de persoon gehoord te hebben, de erkenning schorsen of intrekken.

De intrekking van de erkenning heeft de beëindiging van de activiteit als gevolg.

Art. 24. Wanneer een erkende organisatie door een andere inrichtende macht wordt overgenomen, moet de erkenning onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden worden bekrachtigd. De erkenning blijft geldig totdat zij bekrachtigd of ingetrokken wordt.

Art. 25. § 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen bepaalt de Regering de toekenningsvoorwaarden en het bedrag van de subsidies toegekend aan de overeenkomstig artikel 22 erkende personen of de voorwaarden en het bedrag van de bijdrage in de kosten voor het leveren van de diensten.

Indien de Regering overeenkomstig artikel 22, § 2 een beheerscontract afsluit, legt zij er de in lid 1 bedoelde kostenbijdrage vast.

§ 2. De inrichtende macht moet ervoor zorgen dat de door haar aangeboden diensten geschikt, voldoende, doeltreffend en rendabel zijn. De subsidiëring moet op de diensten afgestemd worden.

Zijn de erkenningsvoorwaarden binnen de in artikel 23, lid 1, bepaalde termijn niet vervuld, dan kan de Regering onder de door haar vastgelegde voorwaarden en na de persoon gehoord te hebben, de subsidies of de kostenbijdrage schorsen of reduceren.

Afdeling 4. — Dienst voor pleeggezinnen

Art. 26. § 1. Met het oog op de begeleiding en omkadering van de pleeggezinnen wordt een dienst voor pleeggezinnen bij de Afdeling opgericht.

De Regering kan aan natuurlijke of rechtspersonen bepaalde opdrachten van de dienst voor pleeggezinnen toevertrouwen. De bepalingen van dit hoofdstuk inzake kwalificaties en de andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst moet voldoen alsmede over de procedure zijn toepasselijk op deze personen.

§ 2. In het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden heeft de dienst voor pleeggezinnen als opdrachten :

1° kandidaat-gezinnen te selecteren en te vormen die crisisgezinnen, pleeggezinnen of peetgezinnen willen worden;

2° de plaatsing van jongeren in de in 1° bedoelde gezinnen, in opdracht van de dienst voor jeugdbijstand, van de jeugdrechtbank of van de dienst voor de gerechtelijke jeugdbijstand en van de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie;

3° de bemiddeling tussen de in 1° vermelde gezinnen en het in artikel 1, 2° vermelde gezin waar te nemen;

4° de begeleiding, advisering en ondersteuning van de in 1° vermelde gezinnen bij elk probleem dat zich tijdens de plaatsing voordoet;

5° regelmatige rapportering over de ontwikkeling van de jongere aan de dienst of aan de overheid die de plaatsing besloten of ingesteld heeft.

§ 3. Met inachtneming van dit decreet legt de Regering de kwalificaties en de andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst moet voldoen alsmede de organisatie, de opdrachten en de werkwijze ervan vast.

Afdeling 5. — Bemiddelingsdienst

Art. 27. Bij de Afdeling wordt een bemiddelingsdienst opgericht die in het kader van de in artikel 1, 8°, vermelde wet instaat voor de bemiddeling in opdracht van de procureur des Konings, de jeugdrechtbank of de jeugdrechter alsmede voor het herstelgericht groepsoverleg in opdracht van de jeugdrechtbank of van de jeugdrechter.

Met inachtneming van dit decreet legt de Regering de kwalificaties en de andere beroepsvereisten waaraan het personeel van de dienst moet voldoen alsmede de organisatie, de opdrachten en de werkwijze ervan vast.

Afdeling 6. — Ouderstage

Art. 28. De Regering organiseert een ouderstage of belast een dienst of een natuurlijke of rechtspersoon met de organisatie en uitvoering ervan in het kader van de in artikel 1, 8°, vermelde wet.

Afdeling 7. — Samenwerkingen

Art. 29. De Regering kan inrichtende machten in de sector van de jeugdbijstand toelaten in het Duitse taalgebied bepaalde diensten aan te bieden, hoewel ze daar niet gevestigd zijn.

Deze inrichtende machten moeten de in artikel 22 bepaalde erkenningsvoorwaarden vervullen. Bovendien moeten ze bewijzen dat ze in hun oorspronkelijke vestigingsplaats ertoe zijn toegelaten de activiteit uit te voeren die zij in het Duitse taalgebied wensen aan te bieden. Wat de erkenningsprocedure betreft, is ook artikel 22 van toepassing.

Afdeling 8. — Beroepsgeheim en gegevensbescherming

Art. 30. § 1. Onverminderd de toepassing van § 2 van dit artikel is elke persoon die met toepassing van dit decreet een dossier behandelt, ertoe verplicht met de personen samen te werken die in het belang en/of voor de bescherming van de jongere in ditzelfde dossier optreden. Deze personen moeten in het bijzonder over de al ondernomen stappen worden geïnformeerd.

De samenwerking eist het respect van de verdeling der opdrachten en bevoegdheden.

§ 2. Elke persoon die zijn medewerking aan de uitvoering van dit decreet verleent, mag de persoonlijke, medische, familiale, schoolse, professionele, sociale, economische, ethische, religieuze of filosofische gegevens waarvan ze bij de vervulling van haar opdracht kennis heeft genomen en betrekking hebben op deze opdracht, slechts onder één der volgende voorwaarden doorgeven :

1° de ontvanger is ook aan het beroepsgeheim onderworpen en de verstrekking van de gegevens is noodzakelijk om het doel van de hulp te bereiken of het risico in te schatten dat de jongere loopt. De jongere of, indien hij minderjarig is, de personen belast met zijn opvoeding moeten onverwijld van deze gegevensuitwisseling op de hoogte worden gebracht, tenzij dit het belang en de bescherming van de jongere tegengaat;

2° de voorwaarden van de artikelen 29 en 30 van het Wetboek van strafvordering en van artikel 458bis van het Strafwetboek zijn vervuld; de houder van de vertrouwelijke informatie is dus wettelijk ertoe verplicht deze door te geven;

3° de houder van nog vertrouwelijke informatie moet over het beroepsgeheim heenstappen om voor de jongere een hogere schade te vermijden. Het evenredigheids- en subsidiariteitsbeginsel moet worden nageleefd;

4° de gegevens worden aan medewerkers van de Afdeling doorgegeven die ook aan het beroepsgeheim zijn onderworpen en deze gegevens uitsluitend voor wel bepaalde bestuursdoeleinden nodig hebben. Deze gegevens worden anoniem gemaakt, voor zover het met het nagestreefde doel verenigbaar is;

5° de gegevens worden aan de meerderen doorgegeven die ook aan het beroepsgeheim zijn gehouden, op voorwaarde dat het noodzakelijk is om het toezicht over deze diensten uit te oefenen. Deze gegevens worden anoniem gemaakt;

6° het gaat om informatie die, in het kader van een mandaat, aan de opdrachtgever als sociaal verslag moeten worden medegedeeld. Dit verslag mag slechts de informatie omvatten die voor de uitvoering van het mandaat noodzakelijk is. De persoon die het voorwerp van dit sociaal verslag is, moet vooraf worden geïnformeerd over de noodzakelijkheid om een verslag op te maken.

§ 3. De persoon die de gegevens heeft opgeschreven moet telkens haar toestemming geven, voordat haar documenten worden doorgegeven.

Worden vertrouwelijke gegevens doorgegeven, dan mogen ze door de ontvanger slechts worden doorgegeven voor het doel waarvoor hij ze rechtmatig heeft verkregen.

§ 4. Gegevens die voor de vervulling van verschillende opdrachten op het gebied van de jeugdbijstand zijn ingewonnen, mogen slechts in dossiers of op andere dragers worden verzameld, als en zolang het noodzakelijk is om een direct overzicht te krijgen van de zaak.

De in het kader van de jeugdbijstand doorgegeven gegevens mogen onder deze voorwaarden met het oog op de planning van de jeugdbijstand in de zin van artikel 5 van dit decreet worden opgeslagen en gebruikt. Ze moeten onmiddellijk anoniem worden gemaakt.

Art. 31. § 1. De persoon belast met de opvoeding en de jongere mogen persoonlijk inzage krijgen in de dossierstukken van de dienst voor jeugdbijstand die hen betreffen, op voorwaarde dat het de rechtmatige belangen van derden niet aantast, niet tegen de door de verleende hulp beoogde doelstelling gaat of de behaalde resultaten niet in het gedrang brengt. De medisch-psychologische adviezen en de vertrouwelijke stukken die aan de dienst voor jeugdbijstand en aan de dienst voor de gerechtelijke jeugdbijstand ter informatie zijn toegezonden, mogen niet worden geraadpleegd.

De advocaat die bewijst de belangen van de betrokkene te vertegenwoordigen, kan het dossier onder de in het eerste lid bepaalde voorwaarden raadplegen.

Onder de in het eerste lid bepaalde voorwaarden mag de jongere onder de 18 jaar inzage krijgen in het dossier, op voorwaarde dat uit een sociaal onderzoek blijkt dat hij over de voldoende rijpheid en het voldoende onderscheidingsvermogen beschikt.

De in de leden 1 à 3 vermelde personen mogen ook een afschrift krijgen van de bescheiden die ze mogen raadplegen. De afschriften van de stukken mogen niet in het kader van een andere gerechtelijke of buitengerechtelijke procedure worden gebruikt.

§ 2. De Regering bepaalt de voorwaarden waaronder de dossiers mogen worden geraadpleegd en de beroepsmogelijkheden.

Afdeling 9. — Kostenbijdrage

Art. 32. De Regering bepaalt de voorwaarden waaronder de onderhoudsplichtigen en de jongeren van 18 jaar en meer persoonlijk bijdragen in de onderhouds-, opvoedings-, behandelings- en begeleidingskosten m.b.t. de jongeren voor wie een maatregel met toepassing van dit decreet werd afgesloten of bevolen.

Wat de kostenbijdrage betreft, voorziet de Regering in een schijvensysteem gebaseerd op de inkomensgroepen en het aantal jongeren of gezinsleden.

De Regering bepaalt de voorwaarden waaronder van een kostenbijdrage geheel of gedeeltelijk kan worden afgezien, wanneer de jongere van 18 jaar en meer of de personen belast met zijn opvoeding deze last niet kunnen dragen.

Art. 33. De dienst voor jeugdbijstand, in het kader van de vrijwillige jeugdbijstand, of de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand, in het kader van de gerechtelijke jeugdbijstand, berekent de bijdrage van de jongere van 18 jaar en meer en van de onderhoudsplichtigen overeenkomstig de met toepassing van artikel 32 vastgelegde regels. De kostenbijdrage treedt in werking de dag waarop de in artikel 13, § 2, van dit decreet bepaalde hulpverleningsovereenkomst wordt ondertekend of de dag waarop het oordeel ten gronde wordt uitgesproken.

In het kader van de voorlopige maatregelen kan de jeugdrechter de kostenbijdrage van de onderhoudsplichtigen en van de jongere van 18 jaar en meer voorlopig vastleggen, totdat een oordeel ten gronde wordt uitgesproken. De voorlopige kostenbijdrage moet vanaf de dag worden uitbetaald waarop de voorlopige maatregel werd genomen.

Afdeling 10. — Beroepen

Art. 34. Elke persoon die een beroep wenst in te dienen tegen een natuurlijke of rechtspersoon die ermee belast is een maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming om te zetten, dient het schriftelijk in bij de directeur van de rechtspersoon of bij de natuurlijke persoon zelf. Indien de bemiddeling ingesteld op initiatief van de persoon tegen wie het beroep werd ingediend, niet lukt, dan kunnen de partijen - afzonderlijk of samen - het beroep bij het door de Regering opgericht orgaan aanhangig maken. Zowel de indiener van het beroep als de persoon tegen wie het beroep werd ingesteld, wordt over de grond van de zaak gehoord.

De beroepen en de gevolgen ervan worden in een daartoe bestemd register opgenomen dat de Regering kan inzien.

De Regering bepaalt de voorwaarde en de procedure m.b.t. de beroepen tegen diensten van het Ministerie werkzaam in de Jeugdbijstand en Jeugdbescherming.

Afdeling 11. — Strafrechtelijke bepalingen

Art. 35. Elke natuurlijke of rechtspersoon die in het kader van de jeugdbijstand of jeugdbescherming regelmatig jongeren opvangt of begeleidt zonder de overeenkomstig artikel 22 toegekende erkenning of wier erkenning geschorst of ingetrokken werd, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van 25 EUR tot 5.000 EUR of met één van die straffen alleen.

De straffen kunnen worden verdubbeld in geval van herhaling binnen vijf jaar na het vonnis houdende veroordeling wegens één der bovenvermelde overtredingen.

Art. 36. De personen belast met de opvoeding die zich onttrekken aan tegen hen gerichte maatregelen of aan de omzetting ervan niet samenwerken, kunnen met een geldboete van 25 EUR tot 500 EUR worden veroordeeld.

HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen

Art. 37. Het decreet van 20 maart 1995 over de jeugdbijstand, gewijzigd bij de decreten van 4 maart 1996, 20 mei 1997, 23 oktober 2000, 3 februari 2003, 1 maart 2004 en 25 juni 2007, wordt opgeheven.

Art. 38. Onverminderd afgesloten beheerscontracten of overeenkomsten, blijft de erkenning of de toelating die met toepassing van de artikelen 32 of 37 van het decreet van 20 maart 1995 over de jeugdbijstand werd toegekend, tot 31 december 2009 geldig. Na deze overgangperiode moeten de betrokken personen een erkenning of toelating aanvragen overeenkomstig artikel 22 resp. 29.

De artikelen 39 tot 41 van het decreet van 20 maart 1995 over de jeugdbijstand blijven van toepassing op alle zaken die op de dag van de inwerkingtreding hangend zijn vóór de jeugdrechtsbank, en dit tot de afsluiting ervan.

Art. 39. De Regering legt de datum van de inwerkingtreding van voorliggend decreet vast. Bij gebrek aan een dienovereenkomstig besluit zal het decreet ten laatste op 1 januari 2009 in werking treden.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 19 mei 2008.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
I. WEYKMANS

—
Nota

(1) *Zitting 2007-2008.*

Parlementaire stukken. — 120 - Nr. 1: Ontwerp van decreet. — 120 - Nrs. 2-3: Voorstellen tot wijziging. — 120 - Nr. 4: Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 19 mei 2008.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

F. 2008 — 3426

[2008/203484]

11 SEPTEMBRE 2008. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 septembre 2002 relatif à l'intégration des jeunes handicapés

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 6 avril 1995 relatif à l'intégration des personnes handicapées, notamment l'article 24;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 septembre 2002 relatif à l'intégration des jeunes handicapés, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 22 avril 2004;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 13 juin 2008;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 19 juin 2008;

Vu l'avis du Comité de gestion de l'Agence wallonne pour l'intégration des personnes handicapées, donné le 15 juillet 2008;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, modifié par les lois des 4 juillet 1989 et 4 août 1996;

Vu l'urgence motivée par le fait que des adaptations sont nécessaires pour pouvoir fixer le montant des subventions octroyées pour l'année 2008 aux services d'aide à l'intégration;

Sur la proposition du Ministre de la Santé, de l'Action sociale et de l'Egalité des Chances;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Le présent arrêté règle, en application de l'article 138 de la Constitution, une matière visée à l'article 128, § 1^{er}, de celle-ci.

Art. 2. L'article 53 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 19 septembre 2002 relatif à l'aide à l'intégration des jeunes handicapés, est remplacé par la disposition suivante :

« Art. 53. Le personnel d'accompagnement est composé des porteurs d'un diplôme ou d'un certificat de fin d'études du niveau de l'enseignement universitaire ou non universitaire, à orientation pédagogique, psychologique, sociale ou paramédicale à l'exclusion du diplôme de bibliothécaire-documentaliste.

L'équipe des services d'aide à l'intégration des jeunes handicapés agréés pour plus de 29 dossiers doit comporter au moins un psychologue ou un psychopédagogue et des travailleurs appartenant au moins à deux des trois catégories de personnel suivantes : personnel éducatif, personnel social, personnel paramédical.